

# Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

## Burgfrieden im Zeichen von Corona

Kriege und Katastrophen bringen es mit sich, dass die Herrschenden nur noch Deutsche (Wahlweise Italiener, Franzosen etc.) sehen und keine sozialen Klassen. So jedenfalls in den öffentlichen Erklärungen. Der Staat springt ein, um die »Wirtschaft« zu erhalten – mit Krediten, mit Zuschüssen und, falls erforderlich, auch mit Staatsbeteiligungen an großen Konzernen. Die italienische Regierung hat soeben die Fluglinie Alitalia mit 500 Millionen Euro verstaatlicht. Die deutschen Minister Olaf Scholz (SPD) und Peter Altmaier (CDU) stellen den Unternehmern Kredite und Garantien »ohne Begrenzung« in Aussicht. Wirtschaftsminister Altmaier: »Wir werden einen Ausverkauf deutscher Wirtschafts- und Industrieinteressen verhindern. Dabei darf es keine Tabus geben. Vorübergehende und zeitlich begrenzte Staatshilfen, bis hin zu Beteiligungen und Übernahmen, müssen möglich sein.« (FAZ, 21.3.20)

»Wenn wir die Geschichte des Eingreifens des Staates in die Angelegenheiten des täglichen Lebens und vor allem auch in die Wirtschaftsgestaltung erforschen, dann finden wir, dass der Staat immer dann besonders stark hervortritt, wenn sich die an der Macht befindende Klasse bedroht fühlt. Diese Gefahr mag von außen und innen oder gar von beiden Seiten kommen. In jedem Fall dient der Staat als Instru-

ment der herrschenden Klasse der Befestigung ihrer Position. Zum Beispiel spielt der Staat während des Krieges eine viel größere Rolle als im Frieden. Auch während der großen Krisen in den zwanziger und dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts trat der Staat in allen kapitalistischen Ländern viel stärker hervor, griff hier und da dirigierend, befehlend ein, wo er zuvor herausgehalten worden war; insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschaft.«

Jürgen Kuczynski, Die Bewegung der deutschen Wirtschaft von 1800 bis 1946, 16 Vorlesungen, Berlin 1947

Schließung von Büros, Industrieanlagen, Hotels, Restaurants, Kindergärten, Schulen und Universitäten, Sportstätten, Schließung der Grenzen für Urlaubsreisende, Kontaktverbote im öffentlichen Raum und manches mehr – im Laufe eines knappen Monats ist der unmittelbare Zugriff des bürgerlichen Staates auf die einzelne Person in Friedenszeiten, der Eingriff ins tägliche Leben so dramatisch zugespitzt worden, wie wir es nun erleben. Ein Großmanöver über die Grenzen der Länder und Kontinente hinweg.

Die sachliche Notwendigkeit für diese Art Ausnahmezustand, die von Ärzten und Virologen auf der ganzen Welt betont wird, wird von den Bevölkerungen im Wesentlichen als gegeben akzeptiert. Die Reaktionen des Staates in der



»Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche! Zum Zeichen dessen, dass Sie fest entschlossen sind, ohne Parteiunterschied, ohne Stammesunterschied, ohne Konfessionsunterschied durchzuhalten mit mir durch dick und dünn, durch Not und Tod zu gehen, fordere ich die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und mir das in die Hand zu geloben.«

Thronrede von Kaiser Wilhelm II. am 4. August 1914. Die SPD gelobte dem Kaiser in die Hand; die Gewerkschaften verzichteten auf Arbeitskämpfe. Die Burgfriedenspolitik hat in Deutschland eine über hundertjährige Tradition.

kapitalistischen Klassengesellschaft fallen allerdings erwartungsgemäß differenziert aus: In erster Linie wird »der Wirtschaft«, d. h. den Unternehmern, geholfen. Bei wichtigen großen Unternehmen, wie z. B. der Lufthansa, sind direkte Staatsbeteiligungen am Kapital möglich; d. h. der Staatshaushalt (d. i. die große Mehrheit der Steuerzahler) steht unmittelbar für Verluste mit ein. Mittlere Unternehmen können mit Überbrückungskrediten der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) rechnen, falls ihre Hausbank mitspielt und sie die Zinsen tragen können. Die Arbeitsämter stellen Kurzarbeitergeld zur Verfügung, eine Art Lohnsubventionierung für eine Übergangszeit, in der die Betriebe keine Beschäftigten entlassen sollen. Kleine Selbstständige sollen zwischen 9.000 und 15.000 Euro Beihilfen erhalten können. Mietzahlungen sollen gestundet werden können, Wohnungs- und Geschäftskündigungen wegen Corona-bedingter Mietausfälle sollen ausgeschlossen werden; die Mietenkürzungen sind allerdings in den folgenden Jahren nach zu entrichten. Für die Lohnabhängigen bleibt der Verweis auf das Kurzarbeitergeld, die Hoffnung auf Aufstockung durch den Betrieb oder einen schnelleren Zugang zu Hartz IV ohne vorangehende Vermögensprüfung.

Die Gewerkschaftsvorstände geben sich wieder einmal staatstragend, an vorderster Front die IG Metall Nordrhein-Westfalen, die einen Nottarifabschluss mit den Unternehmern vereinbarte, der für dieses Jahr keine Tariferhöhung vorsieht. Stattdessen sollen die Betriebe sogenannte Härtefonds für die Beschäftigten einrichten, die durch Kurzarbeit Lohneinbußen erwarten. Einzelheiten müssen die Betriebsräte mit den Vorständen klären. So können z. B. dem laufenden (geringeren) Monatslohn anteilig Sonderzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld zugeschlagen werden, wodurch sich die Berechnungsgrundlage für das Kurzarbeitergeld erhöht. Der Vorteil für die Unternehmer: Die sonst fälligen Sozialabgaben für Urlaubs- und Weihnachtsgeld entfallen.

Die FAZ (21. 3. 20) zitiert den nordrhein-westfälischen Metall-Arbeitgeberpräsidenten Kirchhoff mit dem Satz: »Das wichtigste Ergebnis dieses Pakts ist Frieden.«

Dazu gehört, dass für ca. fünf Millionen Freiberufler, Selbstständige und Betriebe mit bis zu 10 Angestellten 50 Mrd. Euro für die Dauer von drei Monaten von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt werden. Für diese Bevölkerungsgruppe bedeuten diese Zuschüsse natürlich ein Aufatmen, weil sie diejenigen sind, die ohne dieses Geld vermutlich in kurzer Zeit pleite wären. Einige Landesregierungen stocken die Beihilfen noch auf bis zu 25.000 Euro auf. Das Credo der Regierenden lautet: Wir lassen niemanden im Regen stehen! So versucht der Staat als ideeller Gesamtkapitalist vorzubeugen, dass Unruhe in der Bevölkerung entsteht.

Gleichzeitig belehrt dieser journalistische Vorposten des freien Unternehmertums darüber, wie ein »feinfühligere Umgang mit den Folgen der gegenwärtigen Krisenlage in tarifpolitischen Kreisen« nicht aussehen darf. Beispiel: die Baugewerkschaft, die in ihrer Tarifrunde eine Lohnerhöhung von 6,8 Prozent verlangt.

Die für die Telekom zuständige Gewerkschaft ver.di teilte in einem Tarifbrief vom 17. 03. 2020 ihren Funktionen mit, sich zurückhalten zu wollen. Sie erhofft sich »eine gerechte und wertschätzende Teilhabe an den erst kürzlich präsentierten guten Konzernergebnissen« und will vor allem »einer deutlichen Verlängerung des Schutzes vor betriebsbedingten Beendigungskündigungen entgegenwirken«.

Die Lage der Lohnabhängigen in einer Krisensituation wie der gegenwärtigen kann je nach Unternehmensgröße und Branche sehr unterschiedlich sein. Große Konzerne, die ungehinderten Zugang zu den Institutionen des Staates und seinen Hilfsmitteln haben und die gewohnt sind, Regelungen mit ihren Beschäftigten über die Betriebsräte schieflich-friedlich zu regeln (wie z. B. in der Autoindustrie), stehen kleinere und mittlere Betriebe gegenüber (z. B. in der Bauwirtschaft), die als gewerkschaftsferne Sub- oder Sub-Sub-Unternehmen mit mehr oder weniger prekär Beschäftigten ihre Profite erwirtschaften. In den Konzernbetrieben erwarten die meisten Beschäftigten, dass die Betriebsräte – und eventuell noch die Gewerkschaft – ihre Angelegenheiten konfliktarm und zufriedenstellend regeln, d. h. also, Kompromisse finden, mit denen es sich leben lässt. In den prekären Beschäftigungsverhältnissen sind die Kolleginnen und Kollegen in der Regel auf sich selbst gestellt; der Unternehmer kann Festangestellte und Aushilfskräfte, Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte, Fachkräfte und Hilfskräfte gegeneinander ausspielen.

29. März 2020

## INHALT · Heft Nr. 1 · APRIL 2020 · Jg. 60

Burgfrieden im Zeichen von Corona	1
Pandemie, Klassengesellschaft und Arbeitskämpfe	3
Die beginnende kapitalistische Krise wird durch die Corona-Pandemie vertieft	
Die nationalen Kapitale im Überlebenskampf	7
Bürgerschaftswahl in Hamburg	9
Allen wohl und niemand weh – Hamburg wählt grün und SPD	9
Die Morde in Hanau und ihr Hintergrund	10
Die Reaktionen auf den im Januar verabschiedeten Mietendeckel in Berlin zeigen, wo es den Wohnungsverwertern weh tut: Den Nerv getroffen	15
Buchbesprechung	
Holger Balodis/Dagmar Hühne, Rente rauf!	17
Die Massenbewegung gegen die »Neugründung« des französischen Rentensystems ist noch nicht besiegt.	18
Achte Solidaritätsreise nach Griechenland	25
Jubel bei den Herrschenden, Krise bei der Bevölkerung – aber der Widerstand ist nicht tot	25
Korrespondenz: Arbeitskämpfe bei der finnischen Post provozieren eine Regierungskrise	27
10 000 für 700 – so geht's	27
Erinnerungen an Ricardo	28
Uwe Larsen Röver (23.12.1960 – 26.03.2020)	31

## Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis  
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.  
 GFSA e.V. • Postbank Hamburg • BIC: PBNKDEFF  
 IBAN: DE 28 2001 0020 0410 0772 05  
 Zuschriften an: GFSA e.V. • Postfach 106426 • 20043 Hamburg  
 e-mail: arpo.berlin@gmx.de • Internet: www.arbeiterpolitik.de



## Pandemie, Klassengesellschaft und Arbeitskämpfe

Während in den italienischen Krankenhäusern völlig überlastete Ärzte und Pflegekräfte – wie in Kriegszeiten – entscheiden müssen, welche Patienten sie noch behandeln können oder sterben lassen müssen, ist ein heftiger Streit zwischen den Gewerkschaften und Unternehmerverbänden sowie der Regierung ausgebrochen. Am 23. März meldete die FAZ unter der Überschrift **»Italiens Gewerkschaften drohen mit einem Generalstreik«** folgendes:

*Die Gewerkschaften fordern die Stilllegung aller Aktivitäten, die nicht lebensnotwendig sind, zudem zeigen sie sich verärgert darüber, dass sie bei der Formulierung des jüngsten Dekrets des Ministerpräsidenten nicht gefragt worden sind. [...] In einer gemeinsamen Erklärung [...] versprechen die drei nationalen Gewerkschaften den Vertretern ihrer Organisationen in den Unternehmen Unterstützung für Aktivitäten der lokalen Gewerkschaftsvertreter, um alle*

Erste Streiks gegen die Pflicht zur Arbeit in nicht lebenswichtigen Betrieben gab es schon Anfang März und sie dehnten sich immer weiter aus. Außer durch die kleinen Basisgewerkschaften gab es dafür keine Unterstützung. Den großen Gewerkschaftsföderationen wurde damit aber klar, wie groß der Unmut in den Betrieben ist, und sie forderten die Regierung zu Gesprächen auf.

Am 21. März kam es zu einem Treffen der drei großen Gewerkschaftsverbände mit der Regierung, um eine Liste der Branchen zu erstellen, die als lebensnotwendig erachtet werden. Einen Tag später intervenierte der Industriellenverband CONFINDUSTRIA und die Liste wurde erweitert, u.a. auch auf Rüstungs- und Luftfahrtindustrie. Das konnten sich die Gewerkschaften nicht gefallen lassen und sie riefen für den 25. März zu einem Generalstreik in der lombardischen Metallindustrie und in Latium auf. In einigen Betrieben wurde schon am 24. gestreikt. Die Beteiligung an den Streiks war sehr groß. Die Basisgewerkschaften riefen zu einem landesweiten Generalstreik auf, der nach ihren Angaben zu 70 Prozent befolgt wurde.

Die Regierung war zu Zugeständnissen bereit und kürzte die Liste der wichtigen Sektoren um Rüstungs-, Luft-

fahrt- und Chemieindustrie, Callcenter für Werbezwecke, Landwirtschaftsmaschinen und Reifen produzierende Betriebe. Von den Vorständen der Dachverbände (CGIL, CISL und UIL) wurden dies begrüßt. Francesca Re David, Generalsekretärin der Metallgewerkschaft FIOM sagt in einem Interview: *»Unser Kampf gegen die CONFINDUSTRIA hat sich ausgezahlt.«* Und weiter *»Heute konzentrieren wir uns vollkommen auf die Einhaltung des Abkommens und auf die Sicherheit der 30% der Beschäftigten in den lebenswichtigen Sektoren.«* Von den Basisgewerkschaften werden die Zugeständnisse als unzureichend abgelehnt. Die Tageszeitung *»il fatto quotidiano«* schreibt, dass von der Erweiterung lediglich 250.000 Arbeitsplätze betroffen seien, statt 12 Millionen also immer noch 11,8 Millionen arbeiten müssten.

Am Sonntag, den 29. März sollten in einigen Regionen die Supermärkte bestreikt werden. Hier gibt es keine gesetzliche Einschränkung der Ladenöffnungszeiten. Die Gewerkschaften fordern angesichts der Gefahren, denen die Beschäftigten ausgesetzt sind, die Märkte nur noch an sechs Tagen zu öffnen.



### Aufruf der CGIL: Bereit für den Generalstreik

*Aktivitäten zu schließen, die nicht lebensnotwendig sind. In Latium haben die Metallarbeitergewerkschaften schon für den 25. März einen Generalstreik angekündigt, falls man ihnen nicht entgegenkommt.*

Die Arbeitskämpfe und die Erklärung der drei Gewerkschaftsvorstände zeigen, wie heftig der Unmut und die Wut der Beschäftigten sein müssen. Sie sind nicht mehr bereit, die Maßnahmen der Regierung mitzutragen oder zu erdulden. Der Konsens – ihr, die Regierungen schützt uns vor den Folgen der Pandemie, wir tragen eure Beschlüsse mit –, der in Deutschland noch die Stimmung und das Verhalten der Bevölkerung prägt, zerbricht in Italien zusehends. Angesichts von mehr als 10.000 Toten verliert in Italien die Bevölkerung das Vertrauen in die Fähigkeit der Regierung sie zu schützen. Nicht nur die Gewerkschaften, auch die Gegenseite bezieht Stellung. So erklärte der Vorsitzende des Unternehmerverbandes Confindustria, Vincenzo Boccia folgendes: *»Die Instrumentalisierung dieser Frage hat das zulässige Maß überschritten.«* Und der rechte Präsident der Region Ligurien, Giovanni Toti, gibt politische Schützenhilfe. So ist in der FAZ weiter zu lesen: *»Das Land sei wie in einer Kriegssituation, und da seien einige, wie die Ärzte und Pfleger, an der Front, aber die anderen müssten produzieren. Im Brennpunkt Lombardei müsse womöglich alles stillgelegt werden. Doch anderswo gelte es, die Versorgung sicherzustellen und strategische Investitionen für die Zukunft zu planen.«*

Die zitierten Vertreter des Kapitals wollen nicht nur Verluste durch erzwungene Produktionseinstellungen verhindern. Dahinter steht eine Grundsatzfrage, egal ob es den Kontrahenten bewusst ist oder nicht. Den Gewerkschaften darf kein Einfluss und Mitwirkungsrecht darüber eingeräumt werden, wo und unter welchen Bedingungen produziert wird. Diese Entscheidungen bleiben in einer bürgerlichen Gesellschaft den Eigentümern der Produktionsmittel vorbehalten. In Zeiten schwerer Krisen allerdings soll und muss der Staat (als Instrument der herrschenden Klasse) lenkend in die Wirtschaft eingreifen, um deren kapitalistische Grundlage zu sichern.

Auch in anderen Ländern Europas regt sich der Widerstand, finden spontane Arbeitsniederlegungen statt. Sie entzündeten sich häufig an den unzureichenden Schutzmaßnahmen in den Produktions- und Arbeitsstätten, wo Abhilfe, Gefahrenzulagen oder die Einstellung der Arbeit gefordert werden. Dies hat selbst das für seine sozialpartnerschaftlichen Beziehungen und streikarme »Musterland«,

die Schweiz, erfasst. Am 17. März legten die Bauarbeiter am Genfer Flughafen spontan die Arbeit nieder. In der Bauindustrie, wo Dutzende ein Dixiklo benutzen müssen, keine Sanitäreinrichtungen vorhanden sind und die Beschäftigten der Subunternehmen in engen Wohncontainern hausen, lassen sich die notwendigen Schutz- und Hygienemaßnahmen gar nicht oder nur unter hohem Aufwand durchsetzen. Die Stimmung in der Mitgliedschaft veranlasste den schweizerischen Gewerkschaftsdachverband UNIA zu der Aufforderung, die *»Arbeit in nicht essentiellen Bereichen einzustellen«*. Er geriet damit sogleich in Konflikt mit der Schweizer Regierung und den Unternehmerverbänden.

Es ist nicht möglich im Rahmen eines Kommentars, die vielfältigen Widerstandskampfsaktionen in zahlreichen Ländern aufzuzählen oder gar zu dokumentieren. Diese Aufgaben erfüllt das »labournet«, welches auch über den Unmut unter Beschäftigten und Gewerkschafter\*innen in Deutschland berichtet, der sich bisher allerdings nur digital äußert – in Stellungnahmen, Forderungen, Kritiken und Petitionen an die Regierenden und die Gewerkschaftsvorstände (siehe auch: »Burgfrieden im Zeichen von Corona«).

Im Blickpunkt der Kritik und Forderungen steht u.a. die unzureichende Absicherung bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Das Heer der Aufstocker (Lohnzusatzempfänger) wird gewaltig anwachsen. Die Begrenzung der Regelung für ein Kündigungsverbot wegen Mietrückständen bleibt auf drei Monate, von April bis Juni, beschränkt, wobei die Mietschulden nur gestundet werden. Also auch hier nur ein Aufschub, vor allem weil unter den Bedingungen der Ausgangssperren Räumungsklagen und Zwangsräumungen auf breite Empörung stoßen würden.

### Erste Vertreter des Kapitals fordern die Rücknahme des Shutdowns

Die Bundesregierung hatte aus Rücksicht auf die deutsche Wirtschaft (auf Produktion, Absatz und Konsum) lange gezögert, wirkungsvolle Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie zu beschließen und damit wertvolle Zeit verloren (siehe Ahang am Ende).

Inzwischen melden sich nicht nur in Italien und der Schweiz, sondern auch bei uns, die Vertreter einer möglichst baldigen Aufhebung der Einschränkungen zu Wort. Die Internetplattform german-foreign-policy berichtet am 25.3.: *»Erste Stimmen aus der deutschen Wirtschaft fordern öffentlich eine Abkehr von den jüngsten Schutzmaßnahmen im Kampf gegen die Covid-19-Pandemie. Man dürfe nicht vergessen, 'welche brutalen Folgen die bisherigen Maßnahmen bereits für die Weltwirtschaft haben', erklärt Alexander Dibelius, ein einflussreicher Finanzmanager, einst Deutschlandchef der Investmentbank Goldman Sachs, im Interview mit dem Handelsblatt: 'Der akute Absturz der Weltwirtschaft mit all seinen Folgewirkungen' sei 'der weit größere und gefährlichere Stresstest als Sars-CoV-2'.«* Und weiter: *»Ist es richtig, dass zehn Prozent der – wirklich bedrohten – Bevölkerung geschont, 90 Prozent samt der gesamten Volkswirtschaft aber extrem behindert werden – mit der unter Umständen dramatischen Konsequenz, dass die Basis unseres allgemeinen Wohlstands massiv und nachhaltig erodiert?«*

Dibelius und die ihn unterstützenden Ökonomen und Politiker haben natürlich nicht »unseren allgemeinen Wohlstand« im Blick. Ihnen geht es um die Stellung der deutschen Wirtschaft in der globalen Konkurrenz. Mit Sorge blicken sie nach China, wo schrittweise das öffentliche Leben und die Produktion hochgefahren werden, nachdem es nur noch wenige Neuinfektionen gibt. Die deutsche Wirtschaft soll nicht ins Hintertreffen geraten – weder gegenüber den asiatischen Konkurrenten, noch gegenüber den USA. Dort haben die Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern der Einschränkung des öffentlichen Lebens und deren Gegnern gerade erst begonnen.

Allerdings haben die Befürworter einer Aufhebung des Shutdowns in der gegenwärtigen Lage schlechte Karten. In einem Interview mit dem Tagesspiegel am 28.03.20 machte Kanzleramtschef Helge Braun unmissverständlich klar:« *Wir haben entschieden, die Maßnahmen, die wir jetzt ergriffen haben, gelten größtenteils bis zum 20. April. Und wenn wir in den nächsten Tagen dann den Erfolg auch quantitativ messen können und wissen, wie sehr wir den Infektionsanstieg verlangsamt haben, dann werden wir auf dieser Grundlage rechtzeitig vor dem 20. April eine Strategie für die Zeit danach erarbeiten. Das oberste Ziel ist natürlich, unser Gesundheitswesen nicht zu überfordern. Das ist der wichtigste Punkt von allen.*»

Hiermit befindet sich die Regierung im Konsens mit der großen Mehrheit der Bevölkerung, die die persönlichen Einschnitte in die Lebensführung bereitwillig hinnimmt und den Regierenden einen großen Vertrauensvorsprung gewährt. Gesundheitsminister Jens Spahn umgibt sich bei seinen Pressekonferenzen fast immer mit Epidemiologen



**Arbeitskampf in Italien**

und Virologen des RKI (Robert-Koch-Institut) und legitimiert die Maßnahmen der Regierung durch wissenschaftlichen Sachverstand. Das kommt gut in der Bevölkerung an. Die vielen Mängel in unserem Gesundheitssystem (das Vergütungssystem durch Fallpauschalen in den Krankenhäusern, der Mangel an Schutzmasken, Schutzkleidung etc.) sind zwar Gegenstand der Kritik. Aber die Verantwortlichen in Bund, Ländern und Gemeinden in Kooperation mit Kliniken und Betrieben unternehmen alles, die Beseitigung dieser Mängel als nationale Kraftanstrengung zu deklarieren. Grundsätzliche Kritik an unserem Gesundheitssystem, erst recht nicht an unserem Gesellschaftssystem, kann sich in solch einer Situation kein Gehör verschaffen. Es sei denn, diese Kritik verbindet sich mit konkreten Forderungen der Beschäftigten nach Ausweitung des Gesundheitsschutzes, nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen und nach Anhebung ihrer Löhne.

A.B., 2. April 2020 ■

## Anhang

Am 22. März veröffentlichte die Initiative »Unvollendete Revolution 1918« eine Stellungnahme unter der Überschrift **»Das Corona-Virus, die soziale Frage und der Klassenkampf«**. Wir geben sie, als Ergänzung unserer ersten Einschätzungen, leicht gekürzt wieder:

Am 12. März schrieb german-foreign-policy: *»Die Bundesregierung leitet in der Coronakrise Hilfsmaßnahmen für die deutsche Wirtschaft ein und verweigert von der WHO dringend empfohlene Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung.«* Berlin unternehme 'alles', damit das Covid-19-Virus 'die Wirtschaft in Deutschland nicht flächendeckend trifft', ließ sich Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier schon zu Monatsbeginn zitieren. *'Die Maßnahmen stärken die Stellung deutscher Unternehmen in der globalen Rivalität.'* Ende Februar hatte die WHO konstatiert, *'große Teile der globalen Gemeinschaft' seien 'noch nicht bereit, sowohl in ihrer Einstellung als auch materiell, die Maßnahmen durchzuführen, die zur Eindämmung von Covid-19 in China angewandt wurden.'* Die chinesische Regierung hatte in der am stärksten betroffenen Provinz Wuhan nicht nur Schulen, Kindergärten und Universitäten, **sondern auch die Produktionsbetriebe stillgelegt.** Damit ist es ihr gelungen, betrof-

*fene Regionen abzuschotten und die Pandemie einzudämmen.*»

Doch zu solch rigorosen Maßnahmen sind die Bundesregierung und die Regierungen in anderen EU-Staaten bis heute nicht bereit. Schon die Schließung von Schulen und Kindergärten erfolgte in Deutschland viel zu spät, mit teils abenteuerlichen Ausflüchten. Die arbeitenden Eltern könnten ihre Zöglinge ja nicht bei den Großeltern unterbringen, die zu den Risikogruppen gehören. Sie unter Fortzahlung des Lohnes freizustellen, auf diese Idee kam in Deutschland kein politischer Verantwortlicher. Unter dem Zwang des rapiden Anstiegs der Infektionen und der Empfehlungen der Fachleute haben die Bundesländer, eines nach dem anderen, eine Kehrtwende vollzogen.

Während nun für große Teile der Bevölkerung das soziale und öffentliche Leben immer stärker eingeschränkt oder, wie z.B. in Italien, Spanien etc., durch Ausgangssperren fast gänzlich unterbunden wird, sollen Unternehmen und Betriebe weiterhin davon ausgenommen werden. Von den Ausgangssperren nicht betroffen sind Menschen beim Einkauf von Lebensmitteln, was notwendig und sinnvoll ist – und auf dem Weg zur Arbeit, was völlig unnötig und

widersinnig ist, es sei denn, sie arbeiten in Bereichen und Branchen, die das Funktionieren der öffentlichen Infrastruktur sicher stellen. Während die Bevölkerung aufgefördert wird, ihre sozialen Kontakte einzustellen, werden die arbeitenden Menschen gezwungen, sich dem Risiko einer Infektion auszusetzen, wollen sie nicht durch eine Verletzung des Arbeitsvertrages ihren Job aufs Spiel setzen. Die Mehrzahl der Beschäftigten arbeitet ja nicht in Bereichen und Branchen zur Sicherung der öffentlichen Infrastruktur; die Mehrheit schuftet für die deutsche Exportindustrie, in der Automobil- und Zulieferindustrie, im Maschinenbau, in Rüstungsbetrieben. Sie stellt Autos oder andere Güter her, von denen niemand sagen kann, ob sie angesichts des Konjunkturerinbruchs überhaupt noch abgesetzt werden können.

**Alle Regierungen in den EU-Staaten sind trotzdem bemüht, die Folgen der Pandemie für den Antrieb der Gesellschaft, für die kapitalistische Gewinnerzeugung so gering wie möglich zu halten.** Deshalb ist der Arbeitsweg von den Ausgangssperren ausgenommen. Von den Ein- und Ausreiseverboten nicht betroffen ist der Warenverkehr, egal ob es sich um lebenswichtige Lieferungen (Medikamente, Lebensmittel usw.) oder um Luxus- und andere Konsumgüter handelt, auf die mensch eine Zeitlang verzichten kann. Ausgenommen sind auch die Pendler. So sollen nach dem Willen der Vorsitzenden der EU-Kommission, von der Leyen, die Auswirkungen für die Lieferketten und für die europäischen Produktionsstandorte möglichst minimiert werden.

**Unsere Forderung kann nur lauten, die Arbeiten in allen nicht für die Infrastruktur notwendigen Betrieben sofort zu untersagen und einzustellen.** Eine Forderung, die in zahlreichen Streiks, zunächst in Italien und nun immer häufiger in anderen EU-Staaten aufgestellt wird. Auch die Einstellung der Produktion in der Automobilindustrie ist, neben der Absatzkrise und den logistischen Problemen bei der Zulieferung, auf die massive Verunsicherung und Unruhe in den Belegschaften zurückzuführen. [...]

Ein weiteres Beispiel soll diesen Irrsinn verdeutlichen. Während beispielsweise Bars, Restaurants und Einzelhändler (mit zahlreichen Beschäftigten) in den Ruin getrieben werden oder um ihre Existenz bangen müssen, kann Amazon seine Waren weiter vertreiben und damit seine Marktstellung auf Kosten des lokalen Einzelhandels weiter ausbauen. Ein Konzern, der in Europa kaum oder keine Steuern zahlt und wenig oder überhaupt nicht zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beiträgt.

Niemand kann voraussagen, wie tief und wie lang die bevorstehende Rezession ausfallen wird, auch nicht, welchen Anteil die direkten Folgen der Pandemie (Produktionsausfälle, Rückgang der BIP) daran einnehmen werden. Sie war der Auslöser, der auf eine schon stotternde Konjunktur in der Weltwirtschaft traf, in der nationale Egoismen und materielle Eigeninteressen immer stärker das Regierungshandeln im internationalen Wettbewerb bestimmten. Die Pandemie traf auf Börsen- und Finanzmärkte, die sich nach dem Ende der Finanzkrise 2009 erneut immer stärker aufgebläht hatten und deren Spekulationsblasen nun platzten. **Die Pandemie offenbart den Zustand der Gesellschaft und ihrer staatlichen Institutionen**, deren Handeln in der Vergangenheit von der Schaffung möglichst günstiger Voraussetzung für die Gewinnmaximierung bestimmt wurde, woran sich auch in Zukunft nichts ändern wird, sollte nicht der Druck von unten zu Korrekturen und Änderungen zwingen.

Bestes Beispiel für die sozialen Verheerungen (die schon lange existieren) ist das nun im öffentlichen Blickfeld stehende Gesundheitswesen. So schreibt Kalle Kunkel im »Freitag« vom 13. März: *»In dieser Hinsicht wirkt die Corona-Pandemie eher wie ein Brennglas, in dem schon länger bekannte Probleme besonders scharf sichtbar werden: Es fehlt an Personal in den deutschen Krankenhäusern. [...] Von (neo)liberaler Seite wurden in den vergangenen Jahren vor allem die angeblichen »Überkapazitäten« an Bettenplätzen und Krankenhausstandorten in Deutschland in den Mittelpunkt der Debatte gestellt. Sie würden zu einer Fehlsteuerung der Ressourcen führen. [...] Kern der deutschen Krankenhausmisere: die Finanzierung nach den sog. Fallpauschalen. Denn deutsche Krankenhäuser bekommen nur ein Minimum ihres Budgets für die Vorhaltung von Kapazitäten. Die Krankenhäuser werden pro Patientenfall bezahlt, den sie behandeln. Sie müssen ihre Kapazitäten immer so auslasten, dass sie über die Erlöse durch die einzelnen Patientenfälle genug Geld einnehmen. [...] In einem solchen System handelt betriebswirtschaftlich unverantwortlich, wer seine Kapazitäten nicht so weit wie möglich auslastet. Für den Krisenfall vorgehaltene (leere) Betten sind aus der individuellen Krankenhausperspektive Erlösausfälle. Das Problem beginnt also nicht erst mit der Gewinnorientierung. Es beginnt bereits mit der »Erlösorientierung« – also dem Zwang den gesamten Betrieb durch das Erbringen von »Leistungen« finanzieren zu müssen. [...] Es wäre, wie wenn die Feuerwehr nur für jeden gelöschten Brand bezahlt werden würde. [...] Wir lernen also jetzt schon aus der Krise, dass die Propagierung angeblicher Überkapazitäten und der Notwendigkeit von flächendeckenden Krankenhausschließungen unverantwortlich ist.«*

Das Gesundheitswesen ist nur ein Beispiel für die existierende Misere in der öffentlichen Daseinsvorsorge und in zusammengesparten Verwaltungen und Behörden. Die sozialen Verwüstungen, die die Rezession noch nach sich ziehen wird, trifft auf einen immer stärker deregulierten Arbeitsmarkt, in dem der Niedriglohnsektor beständig ausgeweitet wurde – befeuert durch Outsourcing von Firmen, öffentlichen Betrieben und Verwaltungen – flankiert und initiiert durch Regierungshandeln (siehe Agenda 2010).

Während die Belegschaften der großen Konzerne noch relativ gut abgesichert sind, weil Gewerkschaften und Betriebsräte eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes durch betriebliche Zuschüsse durchsetzen konnten (von 60 bzw. 67 Prozent auf 80 oder 90 Prozent in der Metallindustrie), sieht es für die Beschäftigten im Niedriglohnsektor und für die Belegschaften in Klein- und Kleinstbetrieben verheerend aus. Wer mit seinem Lohn gerade mal über die Runden kam, kann weder vom Arbeitslosen- noch vom Kurzarbeitergeld leben, muss Lohnzusatzleistungen bei den Jobcentern beantragen. Hier gilt es als erstes Vorstellungen und Forderungen zu entwickeln, die sie vor den absehbaren Folgen schützt.

**Wichtigste Forderung wäre die Mobilisierung aller materiellen und finanziellen Mittel der Gesellschaft zur Eindämmung der Pandemie und zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise. Statt durch Steuererleichterungen, wie seit Jahrzehnten üblich, sollten die Vermögenden und Konzerne über die Einführung einer Pandemie- und Krisensteuer zur Bewältigung der Krise herangezogen werden.**

# Die nationalen Kapitale im Überlebenskampf

Seit die Corona-Pandemie auch die westlichen Industrieländer erfasst und zu drastischen Einschränkungen geführt hat, zeichnet sich ein Wirtschaftsrückgang historischen Ausmaßes ab. Es wäre allerdings falsch zu glauben, dass dieser Rückgang alleine auf die Ausbreitung des Corona-Virus zurückzuführen sei. Wie Winfried Wolf (Lunapark 21 49/2020) nachweist, begann das Einsetzen der zyklischen kapitalistischen Überproduktionskrise bereits im Herbst 2019. Wolf führt dazu den Rückgang der Weltindustrieproduktion, insbesondere der Automobilproduktion, an. Er bezeichnet die Corona-Pandemie als einen Beschleuniger, der im Zeitraffertempo eine sich entwickelnde zyklische Krise zu einer großen Krise zu machen drohe.

Wie wir wissen, gab es die letzte große Wirtschaftskrise, die sogenannte »Finanzkrise«, 2008/09. Wir haben in der »Arbeiterpolitik« (Nr. 1/2 2015) über die Bewältigung dieser Krise geschrieben:

*Die Weltwirtschaftskrise nach 2008 wurde bislang dadurch »überwunden«, dass die Staaten und die Zentralbanken durch eine enorme Aufblähung der Schulden und durch eine Schwemme neuen Geldes die Vernichtung großer Teile des Banken- und industriellen Kapitals und damit die Auslösung einer katastrophalen weltweiten Depression verhinderten. Die zu Grunde liegenden Probleme – gewaltige industrielle Kapazitäten einerseits, beschränkte Konsumtionsfähigkeit andererseits –, die sich immer mehr angehäuft hatten, blieben dadurch aber bestehen.*

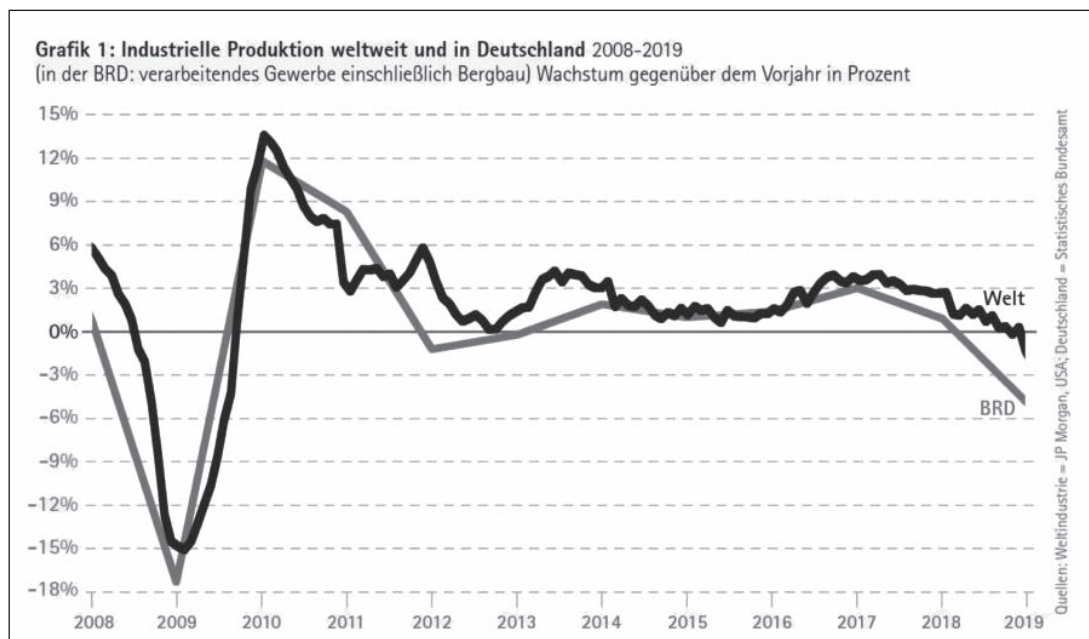
Damals hatten alle Staaten versucht die Konsequenzen der kapitalistischen Krise: nämlich eine gewaltige Vernichtung von Kapital, d.h. von Produktionsanlagen und Geldkapital, mit dem damit einher gehenden Massenelend zu verhindern, indem sie ihre Kapitale stützten (»Bankrettung«, Konjunkturpakete, vorübergehende Verstaatlichungen). Da die Kapitalvernichtung nicht erfolgte, steht sie immer noch aus; sie muss kommen in noch größerem Ausmaß als 2008/09, da die Kapazitäten seither erweitert

wurden und die Kapitale gewachsen sind. Bei jeder kleineren Zwischenkrise, z.B. bei der Eurokrise 2015, war zu beobachten, wie die betroffenen Kapitalfraktionen versuchten, den Schwarzen Peter weiter zu schieben. US-Kommentatoren forderten z.B. einen Schuldenschnitt für Griechenland, wohl wissend, dass hauptsächlich französisches und deutsches Bankkapital betroffen gewesen wäre. Umgekehrt trieben die Gläubiger Griechenlands über die Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF Griechenland ins Elend um ihre Kredite zu retten. Ebenso kennt das US-Kapital keine Gnade, wenn es z.B. um Argentiniens Schulden geht.

(Karl Marx bezeichnete die zyklischen Krisen als die »Lösung« innerhalb des Systems zur Bereinigung der regelmäßig entstehenden Überakkumulation und Überproduktion. Die »Lösung« besteht in der Vernichtung von Kapital. Natürlich ist es keine Lösung im Sinne der Beschäftigten und der Arbeitslosen, auf die die Kosten der Krise abgewälzt werden. Und »Überproduktion« heißt nicht, dass Armut und Elend beseitigt wären und alle im Überfluss lebten. Sondern es werden zu viele Waren produziert, die keine Käufer mehr finden.)

## Motto: Wer zuerst reagiert, verliert.

Der Verlauf der bisherigen Pandemie und ihrer Bekämpfung folgt ziemlich exakt diesem Konkurrenz-Muster. Als in China das Virus im Dezember 2019 entdeckt wurde, versuchten die dortigen Behörden zunächst alles um die Meldungen zu unterdrücken und keine einschränkenden Maßnahmen für die eigene Wirtschaft ergreifen zu müssen. Die erfolgten erst Mitte Januar, als sich das Virus rasant ausbreitete. Eine Provinz wurde komplett abgeriegelt und im übrigen Land die Produktion und das öffentliche Leben drastisch eingeschränkt. Von Hilfsangeboten aus westlichen Ländern war nichts zu hören, im Gegenteil: Hässliche Kommentare über Chinas hausgemachtes Problem und dessen »autoritäre Maßnahmen« beherrschten die Medien. Sie rechneten offensichtlich einen Konkurrenzvorteil aus. Als das Virus Europa erreichte und sich zunächst vor allem in Norditalien ausbreitete, war die Reaktion der Verantwortlichen: keine. Weder kam man in Italien oder der EU auf die Idee, Norditalien abzuriegeln, noch erklärten sich andere EU-Länder bereit im Falle einer Abriegelung Norditalien zu helfen. In Deutschland erklärte Gesundheitsminister Spahn (CDU) am 29. Januar nach der ersten Infek-



tion in Deutschland: »Für übertriebene Sorge gibt es keinen Grund«. (»Welt«, 29.1.20)

Dabei wurde z.B. in Deutschland das Ausbreiten eines Corona-ähnlichen Virus bereits 2007 in einer Krisengruppe auf Regierungsebene durchgespielt und daraufhin ein Krisenstab eingerichtet. In einer Bundestagsdrucksache (Drucksache 17/12051 17. Wahlperiode; 03. 01. 2013) wurde das angenommene Szenario ausführlich dokumentiert. Es weist geradezu gespenstische Ähnlichkeit zum jetzigen Verlauf auf. Deutschland war vermutlich nicht das einzige Land, das solche Szenarien durchspielte. Auch der Film »Contagion« (»Ansteckung«) aus dem Jahre 2011 ist sehr genau in seiner Ablaufbeschreibung. Auffällig ist, dass in dem Bundestagsdrucksache-Szenario nie von einer Abschottung wie dieses Jahr in China die Rede ist. In der Regierung ging man immer von einer unvermeidlichen Infektion der gesamten Bevölkerung aus, die man nur verlangsamen könne.

Die Regierenden wussten also Bescheid. Deshalb sagen jetzt viele Kommentatoren, die Regierung habe geschlafen. Oder es gebe so viele Bundestagsdrucksachen, da wisse eh keiner, was drin stehe. Das ist allerdings ziemlich blauäugig. Richtiger ist sicher anzunehmen, man wusste Bescheid oder wollte nicht Bescheid wissen, wollte aber nichts Ähnliches wie China unternehmen, um den Konkurrenzvorteil eines späteren Reagierens nicht zu verlieren, nach dem Motto: Wer zuerst reagiert, verliert. Am deutlichsten machte das US-Präsident Trump mit seinem Konkurrenzinstinkt und dem Riecher für »America first«. Er spottete am längsten über das »China-Virus« und die »europäische Krankheit«. Und er drängt am heftigsten auf Aufhebung der Beschränkungen, um die eigene Industrie nicht zu gefährden.

Es kann durchaus sein, dass sich das lange Warten im Konkurrenzkampf noch rächt. China, Südkorea und Taiwan mit ihren drakonischen Maßnahmen scheinen Ende März die Ausbreitung des Virus weitgehend gestoppt zu haben. Sie heben die Beschränkungen der Produktion schon wieder auf, während in den westlichen Industrieländern sich das Virus weiter ausbreitet. »Krisengewinnler China?«

fragt ganz besorgt deshalb am 30. März auch schon die FAZ auf S. 1.

## Rette sich, wer kann.

Da es sich nicht nur um eine Pandemie handelt, sondern gleichzeitig um eine zyklische Wirtschaftskrise, geht es jetzt eben nicht nur darum, möglichst viele Menschenleben sondern das eigene Kapital – und damit verbunden: die kapitalistische Profitwirtschaft überhaupt – zu retten.

Das heißt, jeder Staat versucht, seinem eigenen Kapital unter die Arme zu greifen. Das ist der wesentliche Inhalt der gewaltigen Rettungspakete, die jetzt von den Regierungen allenthalben geschnürt werden. Das ist auch in der EU so. Theoretisch könnte sie jetzt als Block agieren und ein gemeinsames Rettungspaket zusammenstellen, das allen Staaten zugutekommt. Aber zuvörderst die deutsche Bundesregierung stemmt sich dagegen. Dagegen gilt: Jeder ist sich selbst der nächste, verabschiedet Rettungspakete für die eigene Wirtschaft, macht die Grenzen nach Belieben dicht und verfolgt seine nationalen Eigeninteressen. Faktisch existiert die EU nur noch als Grenzregime gegen Flüchtlinge.

Manche sagen, das Ganze diene vor allem den großen Konzernen, die die Corona-Krise nutzten, um ein gewaltiges Umverteilungsprogramm zu ihren Gunsten ins Werk zu setzen und vor allem den Mittelstand zu enteignen. Ein solches Denken unterschätzt die Dimension und Wucht einer kapitalistischen Weltwirtschaftskrise. In ihr beginnt alles zu schwanken und es gibt auch für die Großen keinen sicheren Boden. Es ist wie mit einem gewaltigen Sturm auf dem Meer: Alle Schiffe kämpfen gegen die Wogen, wahrscheinlich verschlingt der Sturm eher die kleinen, aber auch einige große werden daran glauben müssen. Die Regierungen werfen ihnen in ihrer Panik Rettungsringe zu in der Hoffnung, dass sie nicht untergehen.

Je länger die Pandemie andauert, desto mehr wird die Rettung des Standortes in den Vordergrund rücken.

M.HH., 2. April 2020 ■



**Faschismus in Deutschland I**  
Analysen und Berichte der KPD-O  
von 1928 – 1933,  
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1973  
296 Seiten A5 | Broschur | 8,00 EUR



August Thalheimer  
**Die Potsdamer Beschlüsse**  
Eine marxistische Untersuchung  
der Deutschlandpolitik  
der Großmächte  
nach dem zweiten Weltkrieg  
1945  
Herausgegeben und eingeleitet  
von der Gruppe Arbeiterpolitik  
August Thalheimer  
**Die Potsdamer Beschlüsse**  
Deutschlandpolitik der Großmächte nach  
dem 2. Weltkrieg  
September 1945, Gr. Arbeiterpolitik  
32 Seiten A5 | 1,50 EUR



Reprint  
**Zeitschrift Arbeiterpolitik**  
November 1948 bis Juli 1950, einschl.  
»Offene Worte an Kommunisten«  
Gruppe Arbeiterpolitik 1975  
440 Seiten A5, Broschur | 7,50 EUR





## ■ BÜRGERSCHAFTSWAHL IN HAMBURG

# Allen wohl und niemand weh – Hamburg wählt grün und SPD

Die Wahlen zur hamburgischen Bürgerschaft am 23.2.2020 bestätigten die Senatskoalition aus SPD und Grünen, die seit 2015 regierten. Vor der Wahl waren zwei Drittel der Befragten mit der Senatskoalition zufrieden. Bei der Wahl entfielen auf SPD und Grüne demnach auch fast zwei Drittel der Stimmen (63,4%).

Vor der Wahl bezeichneten 86% die wirtschaftliche Lage als gut, in der Wahl wählten 78,5% die bürgerlichen Parteien SPD, Grüne, CDU und FDP, wenn man die Linkspartei auch als bürgerliche wertet, sogar 87,7%. Eine Wechselstimmung lag also nicht in der Luft und die zeigte sich auch nicht bei der Wahl.

Die bürgerliche »Volkspartei« CDU und die FDP mussten nach dem Thüringen-Desaster Federn lassen. Die CDU verlor über 20000 Stimmen und ging von 15,9 auf 11,2% zurück. Die FDP verlor etwa 12000 Stimmen und flog mit 4,9% (2015: 7,4%) ganz aus der Bürgerschaft.

Es gab allerdings eine Wählerverschiebung innerhalb der Senatskoalition. Die SPD ging von 45,6% auf 39,2% zurück, während die Grünen von 12,3 auf 24,2% zulegten. Auffällig ist dabei das Alter der jeweiligen WählerInnen: Während die SPD in der Gruppe über 45 und insbesondere bei den Rentnern dominiert, werden die Grünen stärker, je jünger die WählerInnen werden. Das Thema Klimawandel treibt ihnen die WählerInnen zu, die hoffen, die Wirtschaft könne ökologisch wachsen, ohne dass man das kapitalistische System angreifen muss. Es scheint bei den Jüngeren keine Rolle zu spielen, dass die grüne Partei bei der Prügellorgie der Polizei während des G20-Gipfels 2017 mit im Senat saß und nicht protestierte. Die Grünen sind zur Zeit die Wohlfühlpartei schlechthin. Fast könnte man sagen: Für die Sicherheit wird die SPD gewählt, für die Umwelt Grüne.

Die Wahlbeteiligung stieg von 56,1 auf 63,3% an, was etwa ein Plus von 100 000 Stimmen ausmacht. Dieser Anstieg hat sicher auch etwas mit den Ereignissen in Thüringen kurz vor der Wahl zu tun, weil viele Menschen sich wohl deswegen zur Wahl entschieden. In absoluten Zahlen verlor die SPD nur ein paar tausend Stimmen, während die Grünen über 100 000 dazu gewannen, die aus allen Gruppen kamen. Was die SPD an die Grünen verlor, konnte sie in

etwa mit Wählerstimmen aus den früheren Nichtwählern wettmachen.

Die AfD bekam fast exakt so viel Stimmen wie 2015, was sie fast unter die fünf Prozentmarke rutschen ließ (5,3%). Das sind immerhin über 40 000, die sich auch von Thüringen und Hanau nicht abschrecken ließen. Man kann höchstens vermuten, dass diese beiden Ereignisse verhinderten, dass mehr Leute die AfD wählten. Den höchsten Anteil hatte die AfD bei den Arbeitern (14%) bzw. bei den mit der wirtschaftlichen Lage Unzufriedenen (11%).

Die Linkspartei gewann etwa 13 000 Stimmen dazu, was aber nur zu einem Anstieg der Stammwähler von 8,5 auf 9,1% reichte (obwohl die »linke« SPD ja verlor). Auch sie war bei den Arbeitern (11%) und bei den wirtschaftlich Unzufriedenen (18%) am stärksten. D.h. die Proteststimmen verteilten sich ziemlich gleichmäßig auf AfD und Linke.

## Wahlkampf: Profilvermeidung

Die zwei wichtigsten Themen vor der Wahl waren Verkehr und Mietpreisexpllosion. Hamburg erlebt, wie andere Metropolen, einen Zuwachs an EinwohnerInnen (über 50 000 in den letzten vier Jahren), während viele ländliche Gebiete an Auszehrung leiden. Entsprechend nehmen die Probleme auf dem Wohnungsmarkt und auf der Straße zu. Der zunehmende innerstädtische Autoverkehr vergiftet die Atemluft und trägt zum Klimawandel bei. Die Umwelt schonenden Verkehrsmittel wie Fahrrad und Roller engen den Verkehr noch mehr ein. Während die Grünen die Verkehrswende (z.B. mehr Fahrradwege) propagieren, die die SPD mittlerweile mitträgt, versprach die SPD jährlich 10 000 neue Wohnungen zu genehmigen, was wiederum die Grünen mittragen. Das Versprechen des Neubaus hielt der Senat auch ein, was natürlich zur Verdichtung des Wohnraums führt und zur Bebauung von innerstädtischen Grünflächen. Die SPD behauptet, dadurch werde der Mietpreisanstieg abgebremst, aber die Grundstückspreise und damit die Baukosten (und damit auch die Mieten) steigen trotzdem unaufhaltsam.

Die SPD gab sich staatsmännisch: Bürgermeister Tschentscher habe »die ganze Stadt im Blick«, also das

Bürgertum und die Unternehmer besonders im Hafen bräuchten sich nicht zu fürchten (»Die Welt« empfahl der SPD für die Bundestagswahl die Parole »Das ganze Land im Blick«). Die Grünen waren vielleicht noch inhaltsleerer: »Erste Frau, erste Grüne, erste Wahl« war der Slogan, der ihrer Spitzenkandidatin auf den Bürgermeisterstuhl hieven sollte. Vor der Wahl wurde alles Kontroverse abgeschliffen. So hatte das vom Grünen-Parteitag beschlossene Wahlprogramm gefordert, die Vermummung bei Demos nur als Ordnungswidrigkeit und nicht als Straftat zu werten. Allerdings strich die Spitzenkandidatin diesen Passus, als das Geheul von Polizeigewerkschaft, CDU und AfD losging. So war ein Wahlplakat der Grünen: »Demokratie ohne Alternative«, das gegen die AfD gemünzt war, unfreiwillig selbst entlarvend. Kommen doch die Hamburger Grünen aus der ehemaligen Grün-Alternativen-Liste, wobei die »Alternativen« frühere Kommunisten waren. Dieses Element ist mittlerweile entsorgt.

Auch die Linke vermied tunlichst mit sozialistischen Inhalten zu provozieren. Ihr Kernsatz: »einfach machen«, z.B. den Mietendeckel. Den haben sie von der Berliner Regierungskoalition aus SPD/Linke/Grüne übernommen. Natürlich sind in Hamburg SPD und Grüne dagegen, was

auch geht, da es keine starke Mieterbewegung gibt. Diese fehlende Bewegung kann auch die Linke nicht ersetzen.

Innerhalb der Linken gibt es den Versuch einen Volksentscheid auf den Weg zu bringen: Weg mit der Schuldenbremse! Hamburg soll sich wieder mehr verschulden dürfen, um mehr Ausgaben für Soziales, Bildung, öffentlichen Nahverkehr zur Verfügung zu haben. Dass jetzt die Linken mehr Staatsverschuldung als Ausweg sehen, ist gewissermaßen neu. Früher war ja eher die Forderung nach der Besteuerung der Reichen populär. Immerhin zählt Hamburg zur Zeit 45 000 Millionäre, unter ihnen elf Milliardäre. Aber auch hier gilt: Lieber nicht anecken.

Nachtrag Mitte März:

Dabei ist Hamburg mit ca. 33 Mrd. €verschuldet, also etwa 1600€pro Kopf. Der Schuldendienst belief sich 2019 auf etwa drei Milliarden Euro, das sind rund 20% der Haushaltsausgaben. Dank der üppigen Steuereinnahmen der letzten Jahre war das kein Problem, der Senat konnte sogar Schulden tilgen. Das ist jetzt aber mit der ausgebrochenen Krise, ausgelöst durch die Corona-Epidemie, vorbei. Hamburg schlittert hochverschuldet in diese Krise hinein.

M.HH., März 2020 ■

## Die Morde in Hanau und ihr Hintergrund

Neun Menschen wurden am 19. Februar 2020 in Hanau ermordet, allein weil sie einen »Migrationshintergrund«<sup>1</sup> hatten, danach erschoss der Täter seine bettlägerige Mutter und sich selbst. Dieses Massaker hat die Stadt schwer getroffen. Zur ersten Kundgebung am Donnerstag versammelten sich mehr als 5.000 Menschen am Marktplatz. Von der Bühne sprachen Claus Kaminsky (Oberbürgermeister von Hanau), Volker Bouffier (Ministerpräsident von Hessen) und Bundespräsident Steinmeier. Sie stieß auf Zustimmung in großen Teilen der Bevölkerung, aber wegen des staatstragenden Charakters der Inszenierung, die insgesamt kaum über zwanzig Minuten ging, auch auf Kritik aus den Reihen der Betroffenen, die sich nicht repräsentiert fühlten. Am zentralen Brüder-Grimm-Denkmal am Marktplatz wurden Grablichter, Blumen, Bilder und Inschriften abgelegt, die in den folgenden Tagen immer wieder Menschen anzogen, die dort trauerten. Eine ganze Schulklasse aus Offenbach war darunter. Die Ermordeten und ihre Angehörigen stammen nicht nur aus Hanau, sondern auch aus Nachbarorten.

Die weiteren Veranstaltungen der nächsten Tage, die in schneller Folge kamen, sich teilweise überschneiden und verschiedene Organisatoren hatten, waren jeweils mehr oder weniger eine Mischung aus politischer Kundgebung und Trauerfeier. Hervorzuheben ist hier die bundesweite Demonstration am Samstag, 22. Februar, organisiert

vom Bündnis »Solidarität statt Spaltung« und unterstützt von DGB und VVN, mit Grußbotschaften aus Berlin, Halle, Chemnitz, München, Köln, Mölln usw. Es kamen 6.000 Menschen am Freiheitsplatz zusammen. In den Fahnen, Transparenten und Redebeiträgen zeigte sie eindeutig antifaschistische, antikapitalistische, im Übrigen sehr stark migrantischen Charakter und ließ auch die Familien der Betroffenen auf der Bühne auftreten. In vielen Redebeiträgen wurde ausgeführt, dass die Menschen »mit Migrationshintergrund« hierher gehören und sich nicht werden vertreiben lassen.

In weiteren teils bundesweiten Kundgebungen und Demonstrationen, die organisiert wurden von einem Bündnis türkischer Vereine aus dem bürgerlichen Spektrum und muslimischer Gemeinden oder gar in einem Fall von einem in Köln lebenden Funktionär der Grauen Wölfe, zeigten sich aber auch die politischen Differenzen, die es in den migrantischen Teilen der Bevölkerung ebenso gibt wie in der deutschen Mehrheitsbevölkerung.

Es lohnt nicht, sich mit der Psyche und den verworrenen Thesen des Täters auseinanderzusetzen. Wer will, kann sich in den bürgerlichen Medien breit darüber informieren. Solche Menschen sind wegen ihres einzelgängerischen, unstrukturierten Vorgehens für die Behörden schwer kontrollierbar und für ihre zufälligen Opfer brandgefährlich. Ebenso trifft das für derzeit noch vereinzelte Gruppen und ihre unterstützenden Netze zu. Entscheidend ist das gesellschaftliche Klima, in dem sie sich radikalisieren und aus dem ihre Taten zu erklären sind. Sie stehen in einem Zusammenhang von kapitalistischer Globalisierung und ihrem derzeitigen Umbruch, von Migration/Flucht (Abwehr, Selektion, Regulation), Rassismus und faschistischen Umtrieben.

1 Definition des Statistischen Bundesamtes von 2016: »Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Im Einzelnen umfasst diese Definition zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländer, zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte, (Spät-)Aussiedler sowie die als Deutsche geborenen Nachkommen dieser Gruppen.« Als Stichjahr gilt meist 1950. Diese Definition ist aber nicht zwingend und wird nicht einheitlich verwendet.



DGB: Fototeam Hessen / Rainer Kunze



DGB: Fototeam Hessen / Rainer Kunze

## Reaktionen in Politik, Gewerkschaften, Gesellschaft

Manche Linke haben den Spruch drauf: »Liebe Ausländer, lasst uns nicht mit den Deutschen alleine!« Sie wollen damit die Hoffnung und die Zuversicht zum Ausdruck bringen, dass ein hoher Anteil von Menschen mit »Migrationshintergrund« wie in Hanau bzw. im Rhein-Main-Gebiet Rassismus und faschistische Umtriebe eindämmt und in Grenzen hält. Darin liegt ein wahrer Kern. Zwar sind auch in Hanau Menschen mit »Migrationshintergrund« Opfer von Diskriminierung und Aggressionen im Alltag, im beruflichen Fortkommen usw., aber sie befinden sich auch in einer Lage, in der sie sich gut organisieren können und das tun.

Leider geht aber die Rechnung für Linke nicht unbedingt so auf, denn auch in den nichtbiodeutschen Bevölkerungsteilen gibt es Linke und Rechte mit entsprechenden Differenzen untereinander, in Auseinandersetzung mit den Bedingungen hier und in Rückkopplung mit den Verhältnissen zu Herkunftsländern. Besonders deutlich zeigt sich das in den mit der Türkei verbundenen Bevölkerungsgruppen, die ja zumeist die größten Anteile stellen. Die Demonstration »Gemeinsam gegen Terror und antimuslimischen Rassismus« vom 23. Februar war von Getreuen des Erdogan-Regimes organisiert. Eine Hanauer Journalistin mit entsprechenden Kenntnissen des Milieus kritisierte diese Aktion und ihr Motto scharf<sup>2</sup>. Der Täter habe keinen Religionskrieg angefangen, sei nicht in Moscheen eingedrungen, sondern habe in Shisha-Bars wahllos Menschen allein »aus zutiefst rassistischen Gründen« getötet. Indem das Erdogan-Regime die Morde in Hanau auf einen »antimuslimischen Rassismus« verdrehe, so für seine Zwecke instrumentalisiere und eine »nationalistische Machtdemonstration« daraus mache, führe es ein »Ranking von Opfergruppen« ein und verhöhne die wirklichen Opfer aufs Neue.

Für das liberale Bildungsbürgertum dürfte ein anderer Gastbeitrag typisch sein, in dem AutorInnen aus der Anne-Frank-Stiftung die Blutsur nachzeichneten, die von rassistischen und nazistischen Mördern wie dem NSU und seinen Nachahmern (NSU 2.0) durch Hessen gezogen wurde. Neonazis, Pegida und AfD seien kein Problem des Ostens. Das Zusammenleben in Hessen habe »vor dem Gift des Rassismus nicht geschützt«. Politiker wie Alexander Gauland und Erika Steinbach seien aus Hessen gekommen, Björn

Höcke ein beurlaubter hessischer Beamter. »Rechter Terror, wie nun in Hanau, wächst und gedeiht, wo Politik und Gesellschaft wegschauen.« Die Aussichten seien düster, denn wie nach jedem rechtsterroristischen Anschlag werde es, nach den Beileidsbekundungen und Erklärungen der Politiker, weitergehen wie bisher. Eine Zeitlang werde noch von »Anfängen«, »Tragödien« und »Angriffen auf die Demokratie« die Rede sein. Dann werde auch »Hanau« in einer »Aufzählung von rassistischen Attentaten untergehen«. Dagegen könne nur eine gründliche Aufarbeitung helfen. Die Gesellschaft müsse zusammenhalten und weiteren rassistischen Angriffen entgegenreten.

Unternehmerverbände befürchten, dass die rassistischen Morde dem Wirtschaftsstandort und der Fachkräftenwerbung schaden. Die offizielle Politik bemüht sich nach »Hanau« und »Thüringen« darum, die Reihen von CDU/CSU, Grünen, SPD und FDP gegen die AfD zu schließen. Es geht um die »wehrhafte (bürgerliche) Demokratie gegen rechts«. Das wäre in der Hamburger Wahl vom 23. Februar fast gelungen (die AfD kam nur knapp in die Bürgerschaft). Auf lange Sicht ist dieses Mittel jedoch zweifelhaft. Die Ausgrenzung der AfD trifft subjektiv auch deren WählerInnen. Wenn außer der Tabuisierung rechtspopulistischer Parteien keine Politik erfolgt, die auf soziale Probleme und Ängste der sich als ProtestwählerInnen verstehenden Teile (nicht des harten Kerns) wirksam eingeht, kann der Rohrkrepierer nur umso größer werden. Rassistische Hetze und Aggressionen gegen Minderheiten, gegen Linke und selbst gegen bürgerliche PolitikerInnen werden so nicht zu stoppen sein.

Die AfD bestreitet, mit den Morden in Hanau auch nur indirekt etwas zu tun zu haben. Es sei die Einzeltat eines Verrückten gewesen. Den zynischen Worten Gaulands zufolge könne von einem politischen Attentat nicht die Rede sein, weil eine entsprechende Motivlage nicht vorliege. Von der AfD ist natürlich nichts anderes zu erwarten. Nachdem die Leserbriefschreiber im Hanauer Anzeiger sich einige Tage zurückgehalten hatten, wurde am 28.2. in einem Beitrag die Behauptung aufgestellt: »Alles, was nicht CDU-konform ist, wird in die AfD-Ecke gestellt. Die Linken werden hofiert, es grüßen die Mauertoten. Ich finde es eine Frechheit, die AfD für den Anschlag mit zu verantworten.«

Die Gewerkschaften im Main-Kinzig-Kreis und anderswo haben ihr Entsetzen formuliert. Es ging jedoch bisher nicht über das hinaus, was sich in dem hier beschriebenen Beitrag der Anne-Frank-Stiftung auch findet: die Angst vor der Zerstörung der bürgerlichen Demokratie, dem weiteren Werteverfall in der Gesellschaft und der Befürchtung wei-

2 »Dieser Terrorakt wird instrumentalisiert«, Frankfurter Rundschau, 26. Februar 2020



DGB: Fototeam Hessen / Manfred Semmler



DGB: Fototeam Hessen / Rainer Kunze

terer Angriffe auf Minderheiten. Es gehe darum, »*allen menschenfeindlichen, rechtsextremen und antidemokratischen Umtrieben aktiv entgegenzutreten*«. Die Stadt Hanau richtete am 4. März eine offizielle Trauerfeier aus, zu der auch wieder die Spitzen des Staates aus Berlin anreisten. Etwa 600 geladene Gäste füllten den Saal im Congress Park Hanau, ungefähr 2.500 Menschen sahen die Liveübertragung auf Großleinwände am Freiheits- und am Marktplatz. Einige Gewerkschaften riefen für diesen Tag, 4. März, 11.50 Uhr, zu einer zehnmütigen Arbeitsniederlegung auf, Arbeitgeber versprochen, sich anzuschließen. Dieser Beschluss war das Ergebnis einer Petition, die von einem Kreis um den Berliner Rechtsanwalt Benedikt Hopmann organisiert wurde. Dem schlossen sich z. B. folgende Organisationen an: IG Metall Hanau-Fulda, IG Metall Hessen, IG Metall Berlin; ver.di Hessen, ver.di Berlin-Brandenburg; DGB Hessen-Thüringen; GEW bundesweit; Gesamtbetriebsrat und Vorstand der Daimler AG, Opelwerk Rüsselsheim, Gesamt-Metall Hessen (Arbeitgeber).

Eine umfassende Antwort auf die rechtsextremen Umtriebe in der BRD und den in der AfD organisierten

Rechtspopulismus werden die Gewerkschaften jedoch nur soweit geben können, wie sie bereit und in der Lage sind, das Standortdenken und die Unterordnung unter Kapitalinteressen zu überwinden. Dazu gehört, der Frage nachzugehen, warum so viele Gewerkschaftsmitglieder AfD wählen und was sie mit dieser Partei verbinden. Auch die Aufarbeitung der eigenen Geschichte der Gewerkschaften ist immer wieder wichtig. Zwar kann man unter derzeitigen Verhältnissen nicht oft genug betonen, dass die AfD in ihrer Gesamtheit keine faschistische Partei ist, aber sie dient als Sammelbecken solcher Kräfte, die sich der Organisationsmöglichkeiten einer parlamentarischen Partei bedienen wollen und so an der Verschärfung des rassistischen Klimas beteiligen. Die Aufarbeitung der Rolle der ADGB-Gewerkschaften und ihrer Orientierungslosigkeit während des Aufstiegs des Nationalsozialismus und in der Phase der Machtübernahme bis hin zum 1. Mai 1933 (Mitmachen beim »Tag der Nationalen Arbeit«) und dem Tag danach (Erstürmung der Gewerkschaftshäuser, Verbot der Gewerkschaften) schafft Grundlagen, die in der gegenwärtigen Verfassung der DGB-Gewerkschaften gefährdet oder in weiten Teilbereichen schon verloren gegangen sind.



Die Belegschaft des Botanischen Gartens in Berlin gedenkt der Opfer von Hanau

## Gesellschaftliche Krise und kapitalistische Globalisierung

Die Wurzeln der Krise in ihrem jetzigen Stand – rassistische Morde, Aufstieg der AfD, Zerbröselung bisheriger Volksparteien bis hin zur aktuellen Führungskrise in der CDU – sind nicht erst in den Vorgängen des Jahres 2015 – Höhepunkt der Zuwanderung von Flüchtlingen, kurzzeitige Öffnung der Grenzen – zu finden, aber sie bündelten sich dort wie in einem Brennglas. Die Themen sind vielfältig und weitgespannt: Migration, Altersarmut, Mieten, Klimawandel, Dieselkrise in der Autoindustrie, zunehmender Zerfall der Infrastruktur (Schulen, Verkehrswege, Einzelhandel, Arztpraxen) besonders auf dem flachen Land. Im Berufsleben der Lohnabhängigen nimmt die Tarifbindung immer weiter ab, etwa ein Drittel aller Beschäftigten arbeitet in prekären Verhältnissen (Teilzeit, Befristung, Leiharbeit, geringfügige Bezahlung). Die kapitalistische Digi-

talisierung erzeugt weitere Ängste. Der feste Arbeitsplatz scheint zum Auslaufmodell zu werden, strukturierte Lebensplanung wird immer schwieriger und die Vorstellung, dass es den Kindern einmal besser gehen sollte, entschwindet mehr und mehr. Das alles findet sich kumuliert noch mal intensiver im Osten der BRD.

Die AfD findet ihre Wählerschaft überwiegend in der unteren Mittelschicht einschließlich der oberen Schicht der Arbeiterklasse. Diese kleinbürgerlichen und besser gestellten proletarischen Gruppierungen sind zumeist nicht diejenigen, die am härtesten von den Krisenfolgen, den Unternehmerangriffen auf Tarifverträge und den Sozialabbaumaßnahmen des Staates betroffen sind. Es handelt sich bei ihnen um diejenigen, denen es noch vergleichsweise gut geht, die aber Verschlechterungen ihres sozialen Status befürchten. Die politischen Koordinaten haben sich aber weiter verschoben. *»Noch immer ist die Partei in der Mittelschicht äußerst erfolgreich. Ihr gelingt es, sowohl Angestell-*

## Migration und Arbeit am Beispiel Hanau

Migration, Aus- und Zuwanderung, Flucht usw. sind Phänomene, die seit Menschengedenken existieren. Bevölkerungswachstum, Erschöpfung von Ressourcen, Umbrüche in der Produktionsweise, Kriege und Verfolgung zwingen oder veranlassen die Menschen dazu, sich neue Lebensräume zu erschließen. In der vorkapitalistischen Zeit denkt man in Europa v. a. an die »Völkerwanderung« des 4. bis 6. oder den »Mongolensturm« des 13. Jahrhunderts. In kapitalistischer Zeit gab es die Auswanderungen aus europäischen Ländern in die USA und andere Siedlungskolonien. Nicht jede Migration ist also wie die andere, es gibt spezifische Unterschiede. In Hanau war die Einwanderung der Hugenotten an der Wende des 16./17. Jahrhunderts eine Initialzündung für die Entwicklung des Kapitalismus dort. Als Hugenotten wurden seit etwa 1560 die französischen Protestanten bzw. Calvinisten bezeichnet. Sie stellten in einer Zeit, in der die Verwaltung des Staates noch stark in der Hand der katholischen Kirche lag, ein Hindernis für die Zentralisierungsbestrebungen des französischen Königtums dar. Die Monarchie setzte sie also unter Verfolgungsdruck. Viele der Flüchtlinge von ihnen blieben in Hanau.

Zuwanderung hat es auch in späteren Zeiten immer gegeben. Heute hat Hanau ca. 98.000 Einwohner, davon einen Anteil von 24,9 % Nichtdeutschen. Nach der Definition des Statistischen Bundesamtes hat jede zweite in Hanau wohnende Person »Migrationshintergrund«.

Die Migration polnischer ArbeiterInnen ins Ruhrgebiet im 19. Jahrhundert als ein weiteres Beispiel war Folge und die Verstärkung einer bereits eingeleiteten kapitalistischen Industrialisierung. Die heutigen migrationspolitischen Verhältnisse in den Regionen Deutschlands sind extrem unterschiedlich. Die spezifische Migrationsgeschichte in Hanau prägte diese Stadt auf ihre Weise bis in die Gegenwart und in die Reaktionen auf die jüngsten Ereignisse. Diese Tradition wird in Hanau heute noch hoch gehalten.

Hanau ist ebenso eine alte Industrie- und Arbeiterstadt. Mit diesen weltoffenen, gebildeten, als Calvinisten auf wirtschaftlichen Erfolg ausgerichteten Zuwanderern begann die handwerks- und industriekapitalistische Entwicklung Hanaus. Neben einigen größeren Betrieben überwogen im 19. Jahrhundert kleinere Handwerksbetriebe, besonders die Gold- und Silberschmiede waren schwer ersetzbare Fach-

kräfte. Mit Beginn des 20. Jahrhunderts entfaltete sich eine neue Industrie mit Großbetrieben (Eisengießereien, Reifenfabrik Dunlop, Heraeus mit den Schwerpunkten Edel- und Sondermetalle, Medizintechnik, Quarzglas, Vacuum-schmelze, BBC/ABB mit hohem Migrantanteil unter den Fließbandarbeitern, Bautz-Landmaschinenfabrik u. a.). Die Hanauer Arbeiterschaft war gut organisiert und verfügt mit ihren Aktivitäten in der 1848er-Revolution und in der Novemberrevolution über einen weiteren geschichtlichen Traditionsbestand, den die Hanauer Linke auch heute pflegt.

Einige Hanauer Gewerkschaften und Großbetriebe gelten als vergleichsweise kämpferisch. Das zeigte sich in einigen betrieblichen Kämpfen der jüngeren Vergangenheit (Zweiter Kampf um die Hanauer Vacuum-schmelze, Arbeiterpolitik 5/6 2015) und in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus (Angriffe gegen Gewerkschafter in Hanau, Arbeiterpolitik 4/2018). Gegen Auftritte der NPD beim Ostermarsch in Bruchköbel und im Wahlkampf 2013, gegen Veranstaltungen der AfD mit bekannten Parteigrößen wie Beatrix von Storch und Andreas Kalbitz, gegen die Identitäre Bewegung wurde jeweils breit mobilisiert.

Auf der Gegenseite steht jedoch, dass auch das rechtspopulistische und rechtsextreme Lager in Hanau präsent ist und seine Ausdrucksformen findet. Nach der letzten Kommunalwahl vom 6. März 2016 sitzt die AfD noch nicht im Stadtparlament (es gibt fünf Sitze der »Republikaner«, was einem Anteil von 9,6 % entspricht), aber sie verfügt über einen aktiven Stadtverband.

So gibt es in Hanau eine klare Polarisierung. Sie trägt dazu bei, dass dem rechtspopulistischen und rechtsextremen Lager Grenzen aufgezeigt werden. Wie die Reaktionen auf die schrecklichen Morde vom 19. Februar zeigen, ist die Hanauer Bevölkerung in ihrer weit überwiegenden Mehrheit nicht bereit, das hinzunehmen. Dennoch sind die Probleme offensichtlich. In den letzten Jahren hat es eine Häufung von rechtsextremen Bluttaten in Hessen (Mord an Walter Lübcke), im Main-Kinzig-Kreis (Mordversuch in Wächtersbach) und jetzt in Hanau gegeben. Hanau oder Hessen sind aber nicht anfälliger als andere Regionen und Bundesländer. Rechtsextreme, faschistische Umtriebe sind gesellschaftliche Probleme.

te als auch Selbständige an sich zu binden. Ihren deutlichen Wähler\*innenzuwachs im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 und zur Europawahl 2014 verdankt sie jedoch vor allem der Erschließung weiterer Teile des Arbeitermilieus. Dadurch konnte sie ihre Wähler\*innenbasis in erstaunlich kurzer Zeit erheblich verbreitern.«<sup>3</sup> Prekär Beschäftigte und Erwerbslose gehen aber auch in großem Umfang gar nicht mehr wählen, weil sie sich endgültig abgehängt fühlen.

Im »Einblick«, dem 14-tägigen Newsletter des DGB für haupt- und ehrenamtliche Funktionäre, wird regelmäßig nach Land- und Bundestagswahlen bekannt gegeben, wie Gewerkschaftsmitglieder gestimmt haben. Im Vergleich zu allen WählerInnen zeigt sich ein jeweils größerer Anteil an Stimmprozenten für SPD und Linke – was erwartbar erscheint –, aber ebenso für die AfD (Bundestagswahl 2017 15 % der Gewerkschaftsmitglieder gegenüber 12,6 % von allen WählerInnen). Offensichtlich handelt es sich um Proteststimmen gegen die etablierten Parteien, eben auch gegen die parlamentarische Linke. »Dieses Ergebnis zeigt auf jeden Fall, dass es auch unter den Lohnabhängigen starke rassistische Einstellungen gibt.«<sup>4</sup> Gewerkschaften sind ein Spiegelbild der Gesellschaft, wenn man die dünne Schicht der Kapitalbesitzenden davon abzieht. Deshalb sollte dieser Befund nicht überraschen. Rassismus bestimmt aber nicht allein, nicht einmal überwiegend die Stimmung der Lohnabhängigen. Es sind vielmehr die sozialen Themen in Arbeit und Privatleben, die sie bewegen. Gemeinsame Kämpfe in den Betrieben und Wohnvierteln mit den KollegInnen und Nachbarn gegen Kapital und Staat können Vorurteile rasch überwinden. Umgekehrt ist es jedoch so, dass eine lang andauernde Phase des Lohn- und Sozialabbaus, an der sich auch Gewerkschaftsführungen und sozialdemokratische Parteien aktiv beteiligen, Perspektivlosigkeit erzeugen kann. In einer solchen Entwicklung befinden wir uns seit »Agenda 2010« und Hartz-»Reformen« unter SPD/Grün. Danach folgten diverse »Grokos«, die ähnlich agierten. Nicht nur die von prekären Lohnarbeitsverhältnissen unmittelbar Betroffenen fühlen sich bedroht, sondern insgesamt diejenigen, die ihren Lebensstandard und den ihrer Kinder gefährdet sehen. Die Wendung eines beträchtlichen Segments auch der Gewerkschaftsmitglieder nach rechts ist eine nicht zwangsläufige, aber reale Folge.

Nun gingen zwar die Flüchtlingszahlen seit jenem Höhepunkt 2015 wieder scharf zurück, weil ein Sammelsurium von Maßnahmen der Staaten, der EU und internationaler Verträge gegriffen hat. Und wie schon Jahre zuvor fanden die heftigsten rechten Eruptionen dort statt, wo es nur wenige MigrantInnen gibt, nämlich in Ostdeutschland. Dort sind auch die Wahlerfolge der AfD im Durchschnitt weitaus höher als im Westen. Aber damit nahm die Krise der bürgerlichen Politik, die die Führungsspitze der CDU nun voll erreicht hat, ihren Lauf.

Mehr und mehr angegriffen wurde ausgerechnet eine Bundeskanzlerin Merkel, die in Umfragen lange Zeit unangefochten an der Spitze rangiert hatte. Ihre Lösungswege waren zwar lange Zeit durchaus angemessen, gerieten aber in die Kritik von denjenigen, die meinten, dass die »Deutschen« nun die Zeche zu zahlen hätten – eine offene Flanke bis hin zum Schlagwort der »Umvolkung«, das ja auch in Teilen der AfD grassiert. Nationalistische Interessen spie-

len in der Weltpolitik von heute (im Vergleich etwa zum seinerzeitigen Blockgegensatz) eine immer größere Rolle. All das ist Ausdruck davon, dass das Modell des globalisierten Kapitalismus in der früheren Form nicht mehr greift, aber ein neues ausgereiftes Modell noch nicht steht.

Die AfD greift die Regierenden, die bürgerliche Presse, die offizielle Wissenschaft (Beispiel: Klimaforschung) als Teile eines Establishments an und versucht sie zu delegitimieren. Sie bezichtigt sie der Lüge (Fake News, Lügenpresse). Auch soziale Fragen spricht sie an und versucht damit Stimmung zu machen. Aber sie verschont die Unternehmen. Damit lenkt sie ab auf die Suche eines Sündenbocks (Flüchtlinge), sie verschärft die nationalistische und rassistische Stimmung und verschafft radikaleren Gruppen (und psychotischen Einzeltätern) einen Freibrief, zu liquidieren oder zu bedrohen, wen immer sie wollen. Das ist der Hintergrund auch der Morde in Hanau.

Für die Gewerkschaften kommt es darauf an, ihr Glaubwürdigkeitsproblem zu bewältigen. Auch sie werden von rechtspopulistischer Seite umstandslos dem Establishment zugeordnet. Maßnahmen wie die Zustimmung zu einem Konzept von »Grundrente«, das den Namen nicht verdient, weil es kaum über das Grundsicherungsniveau hinausgeht, oder das Angebot eines »Moratoriums« für die aktuelle Tarifrunde in der Metallindustrie zeigen, dass die Gewerkschaften den Regierungsparteien und dem Kapital nicht wehtun wollen und deshalb vielen ihrer Mitglieder keine wirklichen Lösungen bieten können. Damit bleibt aber auch antifaschistisches Engagement in seiner Wirksamkeit begrenzt, weil es meist nur die anspricht, die bereits überzeugt sind.

HU., 22.3.2020 ■



DGB: Fototeam Hessen / Rainer Kunze

3 Stefan Dietl, Die AfD und die soziale Frage. Zwischen Marktradikalismus und »völkischem Antikapitalismus«, Münster 2018, S. 89  
4 Gewerkschaftsmitglieder wählen AfD, Arbeiterpolitik 5/2017, S. 4 f.



■ DIE REAKTIONEN AUF DEN IM JANUAR VERABSCHIEDETEN MIETENDECKEL IN BERLIN ZEIGEN, WO ES DEN WOHNUNGSVERWERTERN WEH TUT.

## Den Nerv getroffen

Am 30. Januar 2020 wurde der Mietendeckel mit den Stimmen von SPD, Linken und Grünen beschlossen. Dieses Gesetz ist trotz seiner Begrenztheiten grundsätzlich sehr zu begrüßen. Rund 1,5 Millionen Mieterinnenhaushalte genießen durch dieses Gesetz für fünf Jahre einen Schutz vor übermäßig hohen Mieterhöhungen. Sollte der Deckel die verfassungsrechtlichen Hürden nehmen, könnten andere Bundesländer nachziehen.

### Was beinhaltet der Mietendeckel?

Herzstück des Mietendeckels ist ein Mietenstopp, der rückwirkend ab dem 18. Juni 2019 gilt. Nur sehr eingeschränkt sind demnach Mieterhöhungen möglich. Ausgenommen von der Deckelung sind u.a. ab Januar 2014 bezugsfertig gewordene Neubauwohnungen sowie öffentlich geförderte Wohnungen. Auch bei Neuvermietungen gelten die vorgegebenen Mietobergrenzen und die Umlage von Modernisierungskosten darf nicht mehr als einen Euro pro Quadratmeter betragen.

Bis zuletzt umstritten war, ob und wenn in welcher Weise in bestehenden Mietverhältnissen die Absenkung der Miete ermöglicht werden sollte. Nun gilt, dass eine Miete als überhöht gilt, »wenn sie unter Berücksichtigung der Wohnlage mehr als 20 Prozent über der maßgeblichen Mietobergrenze in der Mietentabelle liegt«, wie der Senat mitteilt. Höhere Mieten sind schlichtweg verboten und bei Verstößen können Geldbußen von bis zu 500.000 Euro verhängt werden. Ob sich die Vermieter an die Regeln halten, wird die Zukunft erweisen müssen. Immerhin rief der Verband der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmen (BBU) seine Mitglieder – zu denen neben den landeseigenen Wohnungsgesellschaften u.a. auch Vonovia und Deutsche Wohnen gehören – dazu auf, sich rechtskonform zu verhalten und überhöhte Mieten unaufgefordert abzusenken.

### Der Aktienmarkt reagiert nervös

Dass der Deckel einen sensiblen Nerv der Immobiliengesellschaften trifft, machten die heftigen Reaktionen an der Börse deutlich. Bereits bei der ersten Ankündigung einer Mietbegrenzung bzw. dem Auftauchen eines Arbeitspapiers dazu, zeigten sich die vielzitierten Märkte nervös. Über Jahre hatten die Aktienkurse der Immobilienkonzerne nur eine Richtung gekannt, steil nach oben. Dann wurden im Juni 2019 Planungen zum Mietendeckel öffentlich, denen kurz darauf die Eckpunkte des geplanten Gesetzes

folgten, und die Aktienwerte gingen auf Talfahrt. Bis Ende Juni büßten ADO Properties, Deutsche Wohnen, Vonovia etc. mitunter über 20 % ihres Börsenwerts ein. Inzwischen haben sich die Aktienkurse wieder erholt, wobei Vonovia von seiner Diversifizierung des Wohnungsbestandes und dem starken Auslandsgeschäft profitiert. Vorzüge, die ADO Properties und der Deutsche Wohnen-Konzern mit seinen über 110.000 Wohnungen in Berlin nicht bieten. Renditeorientierte Wohnungsverwerter stehen mächtig unter Druck, da die entscheidenden Werthebel durch den Mietendeckel stark eingeschränkt sind: Neuvermietungsaufläge, heftige Modernisierungsaufschläge sowie das Geschäft mit den »ganz normalen« Mieterhöhungen nach § 558 BGB sowie noch nicht absehbare Mietsenkungspotenziale trüben die Geschäftsaussichten.

Angesichts dessen organisierten die Immobilienwirtschaft und ihre Lobby vom Zentralen Immobilienausschuss über den BBU, Haus und Grund sowie FDP und CDU einen Sturm des Protestes. Das eigens dafür geschaffene Lobbynetzwerk »Neue Wege für Berlin« veranstaltete im Dezember gar eine Demonstration. Mit besonderer Vehemenz starteten die Vorstände der Berliner Wohnungsgenossenschaften eine Kampagne gegen den Mietendeckel. »Berlin zerstört sein soziales Gefüge«, war da z.B. auf großen Plakaten zu lesen. Dieses Engagement, welches Berliner Mieter\*innen gerne angesichts von Wohnungsprivatisierungen gesehen hätten, löste auch an der Genossenschaftsbasis scharfe Kritik aus. Davon unberührt, versuchten die Berliner Grünen bis zuletzt die von ihnen gehätschelten Genossenschaften aus dem Mietendeckel auszunehmen, was verfassungsrechtlich jedoch höchst bedenklich gewesen wäre.

### Von der Idee zum Gesetz

Zu den Hauptkritikpunkten an dem Mietendeckel gehört, dass das Land Berlin gar nicht die Befugnis dafür hätte, da die Mietenregulierung Bundessache sei und außerdem, dass der notwendige Wohnungsbau mit diesem Gesetz verhindert würde.

Mit der Frage der landesrechtlichen Kompetenz befasste sich der Jurist Peter Weber, der seit 2016 im Bezirk Pankow für die Umsetzung des Zweckentfremdungsverbots zuständig ist. Ihn trieb die Frage um, ob Berlin nicht mehr für den Schutz der Mieter tun könne, als die Rot-Rot-Grüne Koalition behauptete, und die Verantwortung für die steigenden Mieten damit regelmäßig dem Bund zuschob. Bei seinen

Recherchen stieß Weber dann auf historische Beispiele der Wohnraumbewirtschaftung, wie sie in der Bundesrepublik noch lange Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg Anwendung fanden. Mit der Föderalismusreform von 2006, so argumentiert Weber sehr überzeugend, sei die Kompetenz des öffentlichen Mietpreisrechts eindeutig vom Bund auf die Länder übertragen worden. Bei der zuständigen Senatorin Katrin Lompscher stießen Webers Vorstellungen zunächst auf wenig Gegenliebe, so dass er im November einen Fachaufsatz veröffentlichte, der schließlich von der SPD aufgegriffen und in die Öffentlichkeit getragen wurde. Es war also weniger die Linke als die SPD, die den Mietendeckel ermöglichte, wobei es der SPD wohl auch darum gegangen sein dürfte, die zentrale Frage der Enteignung und damit des Eigentums, der Verfügungsgewalt und demokratischen Kontrolle von Wohnungsbeständen in den Hintergrund zu drängen. So verwundert es nicht, dass die Kampagne »Deutsche Wohnen & Co enteignen« seit inzwischen über einem halben Jahr auf die Zulassung zur nächsten Stufe zum Volksentscheid wartet, über die der SPD-Innensenator Andreas Geisel zu befinden hat. Mit der Umsetzung des Enteignungsvorhabens ist in naher Zukunft also nicht zu rechnen, zumal es selbst bei einem erfolgreichen Volksentscheid der aktuellen oder einer kommenden Regierungskoalition obliegen würde, ein entsprechendes Enteignungsgesetz zu formulieren. Das wird ein schwieriges Unterfangen, da die Koalitionspartner bislang sehr verschiedene Positionen dazu vertreten und ein mögliches Gesetz ebenfalls der verfassungsrechtlichen Prüfung unterzogen werden dürfte.

## Die Neubaufraage

Die Entwicklung der Mieten auf dem Berliner Wohnungsmarkt wird somit in der näheren Zukunft zum einen davon abhängen, was das Landes- und Bundesverfassungsgericht zum Mietendeckel entscheiden wird, und zum anderen davon, was die Berliner Landespolitik in den fünf Jahren Schonfrist, die der Mietendeckel gewährt, unternimmt, um dem angespannten Wohnungsmarkt entgegen zu wirken. In einem Interview erklärte Peter Weber, dass sich der befristete Mietendeckel »in weitergehende Maßnahmen« einbetten ließe, »die in einem Wohnungswirtschaftsgesetz münden könnten« (MieterEcho 405: 7). Ob der Berliner Senat ernsthafte Überlegungen in dieser Richtung anstellt, ist ebenso ungewiss wie die Frage, ob es dem Senat gelingt, den schwächelnden Wohnungsbau voran zu treiben und dabei vor allem, eine adäquate Anzahl von leistbaren Wohnungen zu erstellen. Angesichts einer Bevölkerung, die seit 2011 um über 300.000 Menschen angewachsen ist, stellt der Wohnungsbau nach wie vor die Achillesferse der Mieten- und Wohnungsprobleme dar. Selbst der mit vorsichtigen Zahlen agierende Stadtentwicklungsplan Wohnen 2030 geht von einem Neubaubedarf von annähernd 200.000 Wohnungen aus, jährlich müssten 20.000 erstellt werden, wovon Berlin weit entfernt ist. Seit der unter der SPD/CDU-Koalition eingeführten Wohnungsbauförderung 2014 sind bis Ende 2019 kaum 3.000 Wohnungen entstanden, die als »sozial« eingestuft werden können. Dass der Neubau weit hinter der wachsenden Nachfrage hinterherhinkt, stellte auch das Eckpunktepapier zum Mietendeckel fest: »Die weiterhin steigende Nachfrage nach Wohnraum konnte bisher nicht durch eine entsprechende Angebotserweiterung durch ausreichenden Neubau gedeckt werden. (...) Die Wohnungsmarktsanspannung verschärft sich in Berlin daher mit der Folge, dass die Mieten stärker als die Einkommen stei-



gen.« Entsprechend sieht das Papier »die zügige Ausweitung des Wohnungsangebots« vor und stellt dafür planerische Vorbereitung, die personelle Aufstockung zur schnelleren Bearbeitung von Baugenehmigungen sowie die besondere Beschleunigung von Vorhaben der städtischen Gesellschaften und den Abbau verwaltungstechnischer Hemmnisse in Aussicht. Damit waren entscheidende Aspekte benannt, die den Wohnungsbau derzeit behindern. Schaut man in die spätere Beschlussfassung des Mietendeckel-Gesetzes, fehlen diese Ausführungen komplett. Vielmehr wird auf den Status quo verwiesen, der eben nicht ausreichen wird, den Wohnungsmangel zeitnah und nachhaltig zu beheben.

Im Gegensatz zum Bestandsschutz, für den sich viele Initiativen erfolgreich engagieren, bleibt das Thema des Neubaus der privaten Immobilienwirtschaft und den wenig überzeugenden Programmen des Senats überlassen. Die Immobilienwirtschaft wie auch der Senat setzen auf die Privatwirtschaft, die mit Förderprogrammen zum Wohnungsbau animiert werden soll, bislang aber ausschließlich hochpreisige und Eigentumswohnungen baut. Auf der anderen Seite sollen die weiter steigenden Mieten durch Subjektförderungen wie dem Wohngeld subventioniert werden.

Viel wird in diesem Zusammenhang von dem Erfolgsmodell Wien berichtet, wobei selten auf die entscheidenden Vorzüge des Konzeptes des Gemeindewohnungsbaus der 20er Jahre hingewiesen wird. Damals wurde der Wohnungsbau unter austromarxistischer Ägide komplett finanziert (nicht gefördert), die Wohnungen gehörten – und gehören bis heute – unmittelbar der Stadt. Das Entscheidende ist dabei, dass sich die Mieten bis heute an sozialen und nicht an betriebswirtschaftlichen Vorgaben orientieren, wie es die Genossenschaften als privatrechtliche Gesellschaften natürlich tun müssen. Lediglich die landeseigenen Gesellschaften könnten aus der neoliberalen Logik befreit werden, wozu der Berliner Senat aber weder in der Lage noch willens zu sein scheint.

Ein Aktivist der Berliner MieterGemeinschaft,

09.02.2020 ■



# Holger Balodis/Dagmar Hühne, Rente rauf!

Bemerkungswert ist schon die Entstehung dieses Buches. Balodis und Hühne »forschen und berichten seit über dreißig Jahren zu den Themen Rente und Altersvorsorge«, haben als Fachautoren zahlreiche Ratgeber und mehrere Bücher veröffentlicht, »sind als Vortragreisende unterwegs und erstellen Studien zu Fragen der Rente und Altersvorsorge« (S. 4). Es geht ihnen »um die Mobilisierung all jener, die höhere Renten fordern und Altersarmut verhindern wollen« (S. 6). Aber: »Es war nicht einfach, dieses Buch zu realisieren«, weil die Verlage »bei diesem gesellschaftlich hoch relevanten Thema keineswegs Schlange« standen (S. 7). Deshalb wählten sie zur Finanzierung das Verfahren »Crowdfunding«: Bis September 2019 wurde Geld gesammelt. Den SpenderInnen wurde für den Fall, dass das Buch nicht realisiert werden könne, die Rückzahlung ihres Beitrags zugesichert. Die gemeinschaftliche Finanzierung wurde eine zusätzliche Motivation für die Autoren. Im hinteren Teil des Buches sind die Namen von rund 250 individuellen SpenderInnen sowie einigen gewerkschaftlichen Gliederungen, Sozialverbänden und Initiativen als spendende Organisationen aufgeführt.

Wie der Untertitel: »So kann es klappen« nahelegt, ist das Buch sehr pragmatisch auf gesellschaftliche Mobilisierung angelegt, ohne die bestehenden Schwierigkeiten herunterzuspielen. Es gliedert sich in drei Teile, von denen der erste das Konzept vorstellt, der zweite den gegenwärtigen Zustand beschreibt und der dritte die Positionen von unterstützenden Organisationen wiedergibt. Zu letzteren sei hier vorab bemerkt, dass sie sich aus drei Gruppen gesellschaftlicher Akteure zusammensetzen: gewerkschaftliche Gliederungen (DGB, IG Metall, ver.di u.a.), Sozialverbände (Paritätischer Wohlfahrtsverband, Sozialverband Deutschland u.a.), Initiativen (Rente zum Leben, Rhein-Main-Bündnis, Seniorenaufstand u.a.). Damit findet das Buch seinen Ausdruck als Bündnisprojekt, auch wenn die Vorstellungen der Partnerorganisationen politisch im Einzelnen durchaus unterschiedlich sein können.

Im ersten Teil »A: Rente rauf!« skizzieren Balodis/Hühne die systematische Demontage der lebensstandardsichernden, umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung, wie sie bis 1992 noch bestand. Die Gründe, ihre zentrale Stellung in der Altersvorsorge zu beseitigen, lagen materiell in der wachsenden Arbeitslosigkeit (damit sinkenden Beiträgen), dem Verlangen des Kapitals, sogenannte Lohnnebenkosten zu minimieren, (die BRD galt zeitweise als »kranker Mann Europas«) und speziell dem Interesse des Versicherungskapitals an neuen Anlagesphären. Deshalb wurde behauptet, dass hohe Rentenbeiträge die Arbeitslosigkeit verursachten, private Altersvorsorge höhere Renditen brächten und die gesetzliche Rentenversicherung am »demografischen Faktor« scheitern werde. Es war dann die SPD/Grüne Koalition, die mit Riesterrente und Hartz-Gesetzgebung den Weg zum sogenannten Dreisäulenmodell freimachte: Neben der gesetzlichen Rentenversicherung sollen prinzipiell gleichgestellt Betriebsrente und Privatrente stehen, obwohl besonders letztere für die Versicherten teuer und ineffektiv ist.

Die Widerlegung solcher Lügen ist in dem Buch gekoppelt mit der Darstellung der Verhältnisse in anderen europäischen Ländern, insbesondere Österreich, Schweiz,

Frankreich und Niederlande. Das wird eindrucksvoll mit Zahlen belegt. Aber hierbei geraten Balodis/Hühne geradezu ins Schwärmen, weshalb diese Kapitel auch mit gewisser Skepsis gelesen werden sollten. Denn eine solide Einschätzung sollte nicht auf die schlichte Aussage reduziert werden, was in Österreich möglich sei, müssen wir hier doch auch hinkriegen. Die Stellung der Rente in anderen Ländern muss in deren gesamten gesellschaftlichen Voraussetzungen (ökonomisch wie politisch) gesehen werden. Diese Darstellung ist auf wenigen Seiten im Buch nicht machbar.

Im nächsten Schritt beschreiben sie die Entwicklung des Widerstandes gegen die Altersarmut und den Stand der Bewegung (Gewerkschaften, Verbände, Initiativen) für eine Rentenwende, die wieder zu einer lebensstandardsichernden gesetzlichen Rentenversicherung führen soll. Sie skizzieren ein Acht-Punkte-Konzept, um das zu erreichen: 1. Beitragssatz anheben (statt in »Riester« und ähnlichen Unsinn zu investieren); 2. Erwerbstätigenversicherung (Beitrag zur Stärkung der Finanzgrundlage und Abschaffung ungerechtfertigter Gruppenprivilegien); 3. Bundesanteil erhöhen (insbesondere zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen, die der Rentenkasse aufgebürdet wurden); 4. politisch verordnete Einnahmeverluste beenden (Korrekturen in der Rentenanpassungsformel, Beseitigung prekärer Arbeitsverhältnisse); 5. Erwerbspotenzial besser ausschöpfen (der schwächste Punkt im Konzept: Appell an öffentliche und private Arbeitgeber); 6. Riesterrente abschaffen (klare Aussage, auch der DGB fordert das); 7. Beitragsbemessungsgrenze aufheben (liegt momentan bei 6900 €); 8. Mindestrente einführen (nicht die Heil'sche Grundrente).

Damit erklären sie: »Bessere Renten sind finanzierbar, und zwar ohne Überlastung der Beitragszahler.« Dass diese Feststellung nicht reicht, wissen sie: »Wem das nun alles ein wenig zu einfach klingt, der hat nicht unrecht: Es ist machbar, aber in unserem komplexen Politikbetrieb natürlich nicht per Federstrich umzusetzen. Es sind gewaltige gesellschaftliche Widerstände zu überwinden, vor allem bei Gewinnern der jahrzehntelangen Rentenzerstörung. Und es ist viel Aufklärungsarbeit zu leisten, vor allem bei jenen, die den Glauben an gute und bezahlbare Renten schon aufgegeben haben.« (S. 87)«

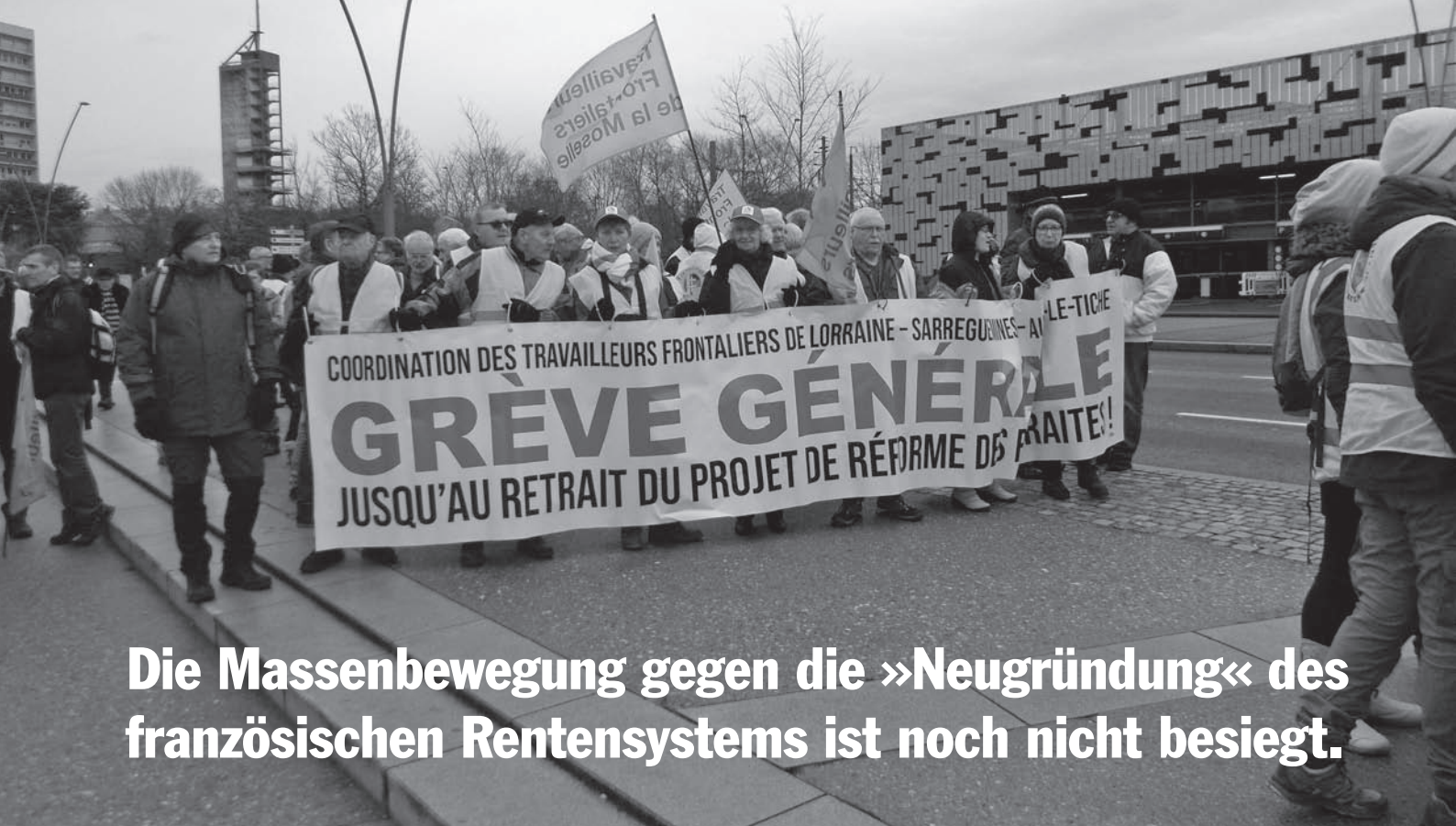
Im Teil »B: Rente kompakt« folgen Informationen und Wertungen zum gegenwärtigen System (»Wie funktioniert die gesetzliche Rente?«) und zu Begriffen wie Rentenniveau, Umlageverfahren, Kapitaldeckung, Riester-Rente, Entgeltumwandlung. Hier wird »mit einigen Vorurteilen« aufgeräumt und mehr Klarheit zu Begriffen und Worthülsen geschaffen, die in ihrer realen Bedeutung hinterfragt werden müssen.

Ein Buch alleine schafft keine Bewegung. Es kann nur in einer bereits vorhandenen Strömung wirken, Informationen vermitteln, zu Diskussionen führen, Verbindungen und Orientierung schaffen, Handlungen initiieren und anleiten. Diese praktischen Zwecke erfüllt das Buch. In seiner übersichtlichen Gliederung kann es auch als Nachschlagewerk dienen.

(HU) 2.2.2020 ■

**Holger Balodis/Dagmar Hühne, Rente rauf!**

So kann es klappen, Frankfurt 2020, 204 Seiten, 18 EUR



## Die Massenbewegung gegen die »Neugründung« des französischen Rentensystems ist noch nicht besiegt.

Der hier publizierte Artikel wurde Ende Februar abgeschlossen und gibt den Stand der Auseinandersetzungen zu diesem Zeitpunkt wieder. Wie überall hat das Coronavirus die Verhältnisse komplett über den Haufen geworfen. In aller Kürze lässt sich folgendes anmerken:

Wegen fehlender Streiks in der Privatwirtschaft fehlte der längsten sozialen Bewegung seit 1920 die nötige Durchsetzungsfähigkeit, um die Reform aus eigener Kraft zu stoppen. Andererseits war es auch kein kompletter Erfolg für Macron. Es zeigten sich bereits vor der Coronakrise Risse im eigenen Lager. Das Rahmengesetz musste in der Nationalversammlung mit Artikel 49-3 durchgesetzt werden. D.h. trotz klarer parlamentarischer Mehrheit wurde es mit der Vertrauensfrage verbunden und jede Debatte verhindert. Für das zweite notwendige Gesetz, das den Aufbau einer komplett neuen Rentenkasse regeln sollte, wäre Artikel 49-3 nicht mehr anwendbar gewesen. Wichtiger ist, dass Macron die klare Mehrheit der Bevölkerung nicht überzeugen konnte und es mit größter Wahrscheinlichkeit unzählige Scharmützel und Konflikte in allen institutionellen Ebenen der französischen Gesellschaft um diese Reform geben hätte. Für die Durchsetzung der Reform in der Coronakrise fehlt Macron die Kraft. Vor dem Frühjahr 2022 ist wahrscheinlich keine Initiative in dieser Richtung zu erwarten und niemand kann heute sagen, wie die Welt dann aussehen wird.

Frei nach Bertolt Brecht:

**Wer kämpft,**  
wie die organisierten, mutigen und entschlossenen Lohnabhängigen in Frankreich,  
**kann verlieren.**

**Wer nicht kämpft,**  
wie die bisher noch vereinzelt, mut- und orientierungslosen Lohnabhängigen in Deutschland,  
**hat schon verloren.**

Wie immer dieser Konflikt ausgehen wird, die Lohnabhängigen in Frankreich haben dem mittlerweile üblichen Abbau von Errungenschaften, die von unseren Großmüttern und Großvätern erkämpft wurden, bisher einen Widerstand entgegengesetzt, der härter ist als in allen anderen entwickelten Industrieländern. Immerhin ist es ihnen gelungen, die Konterreform Macrons zu bremsen, wenn auch bisher nicht, sie zu verhindern. Die Jahrgänge von 1963 bis 1974 werden nicht betroffen sein. Die Überlegung einer Rente mit 70 wagen weder Unternehmerverbände noch Präsident oder Regierung in den Mund zu nehmen.

### Der längste Streik in Frankreich seit 1920<sup>1</sup>

Die von der französischen Regierung geplante »Reform« der insgesamt 42 verschiedenen Rentensysteme ist die achte seit knapp 30 Jahren. Schritt für Schritt wurde das Niveau gesenkt, immer gegen den massiven Widerstand der Beschäftigten. Jetzt sollen alle bestehenden Systeme abgeschafft und durch ein Punktesystem wie in Deutschland ersetzt werden, mit dem Ziel: Länger arbeiten für weniger

<sup>1</sup> Jérôme Fourquet in Die Zeit, 22.01.2020

Geld. Die »Reform« soll Macrons Paradestück werden, was die Schwächung der Gewerkschaften und die Aufkündigung des Klassenkompromisses angeht, der nach 1944 von der politischen Rechten und Linken im Wesentlichen respektiert wurde. Die durch die Schwächung des Umlagesystems entstehende Lücke soll durch private, kapitalmarktgestützte Produkte von Anbietern wie BlackRock gefüllt werden. Das deutsche Lohn- und Sozialdumping setzt die französische Bourgeoisie unter erheblichen Druck.

Macrons Vorlage für den Konflikt ist die erhebliche Schwächung der britischen Gewerkschaften durch Margaret Thatcher nach dem Bergarbeiterstreik von 1984/ 1985. Die Vorlage der klassenbewussten Gewerkschaften ist die Verhinderung der Renten-«Reform» des damaligen Premierministers Alain Juppé 1995 und dessen von einer Massenbewegung erzwungener Rücktritt. Der am 5. Dezember 2019 offiziell begonnene Streik bei der Bahn SNCF und dem Pariser Nahverkehr RATP ist mit bisher 45 Streiktagen die längste Arbeitsniederlegung in Frankreich seit 1920. Nach seinem faktischen Ende flammen die Kämpfe in den Schulen, Häfen, Müllverbrennungsanlagen, Kraftwerken, Altersheimen, Krankenhäusern, dem öffentlichen Nahverkehr, bei Radio France, bei den Feuerwehrleuten, bei den Anwälten, den Fluglotsen und bei der Müllabfuhr immer wieder auf.

Anders als es die Regierungspropaganda weismachen will, kämpft nicht eine kleine Minderheit um ihre Privilegien. Nach dem Zugeständnis der Regierung, die »Reform« nicht ab Jahrgang 1963 sondern erst ab 1975 wirken zu lassen, streikten Beschäftigte weiter, die persönlich nicht mehr betroffen sein werden. »Wir streiken hier für unsere Kinder und Enkel«, ist häufig zu hören. Und eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung unterstützt bis heute die Streiks als Kämpfe, von denen alle Betroffenen profitieren. Auch wenn der Streik bei der SNCF faktisch beendet ist, sind Solidaritätsspenden weiterhin sinnvoll. Die Streikenden sitzen jetzt zum zweiten Mal nach dem Sommer 2018 auf ihren Kosten durch den teilweise erheblichen Verdienstausschlag. Je besser die Streikkassen gefüllt werden, desto weniger wird sich bei ihnen ein Gefühl der Bitterkeit breitmachen und um so eher werden sie zu neuen Arbeitskämpfen bereit sein.

Den Kampf um die öffentliche Meinung haben Macron und seine Wahlplattform LREM klar verloren. Argumente wurden durch Tränengas, Gummi-ummantelte Stahlgeschosse und Polizeiknüppel ersetzt. In Parlamentsfraktion und Regierung zeigen sich erste Ermüdungserscheinungen. Die Kommunalwahlen am 15. und 22. März werden LREM keinen überwältigenden Sieg bescheren wie 2017. Die Vorsitzende des Rassemblement National (ehemals Front National), Marine Le Pen, hat bereits angekündigt, sollte sie 2022 zur Präsidentin gewählt werden, werde sie das Rentenalter wieder auf 60 herabsetzen. Das Geld dafür will sie aus den »Milliarden« nehmen, »die Frankreich heute ausgibt, um illegale Einwanderer zu empfangen«. Nach der Vorlage der »Reform« in der Nationalversammlung am 17. Februar hat die Fraktion von La France Insoumise, LFI, schon über 19.000 Änderungsvorschläge eingereicht, um den parlamentarischen Prozess auszubremsen. Die Beratungen in Nationalversammlung und Senat werden sich bis Juni hinziehen.

## Die geplante »Reform«: Teil eines umfassenden Verarmungsprogramms

Macron hatte schon im Wahlkampf 2017 angekündigt, die französische Wirtschaft konkurrenzfähiger zu machen, indem er das deutsche Modell nachahmt.<sup>2</sup> Druck in diese Richtung wird seit Jahren von der OECD, aus Brüssel und Berlin ausgeübt. Schon die Regierung unter dem sozialistischen Präsidenten Hollande hatte am letzten Tag des Jahres 2013 den »*Pacte de la responsabilité et de solidarité*« verkündet, ein Maßnahmenpaket mit dem Versprechen, Arbeitsplätze zu schaffen. Ein Geschenk von gut 50 Milliarden Euro an die französischen Unternehmer. Im August 2014 wurde der Investmentbanker und geschäftsführende Partner bei Rothschild, Emmanuel Macron, Wirtschaftsminister. Das Arbeitsgesetz **Loi Travail** im August 2016 erlaubte das Unterbieten von Branchentarifen und deregulierte das Arbeitsrecht zugunsten betrieblicher oder individueller Vereinbarungen. Eine Art nationales Pforzheimer Abkommen<sup>3</sup>, weiter verschärft durch die Verordnungen von Macron im September 2017.

Seit dem 1. November 2019 greift die »Reform« der **Arbeitslosenversicherung**, von *Le Monde* als »*Strafreform*« bezeichnet. Sogar der Chef der rechtssozialdemokratischen Gewerkschaft CFDT, Laurent Berger, sprach von einem »*Gemetzel*«. Pro Jahr sollen über eine Milliarde eingespart werden. Für Einkommen über 4 500 Euro wird nach sieben Monaten das Arbeitslosengeld monatlich um 30% gekürzt bis zu dem Mindestbetrag von 2 260 Euro. Zumutbar sind ab jetzt auch Beschäftigungen, die deutlich schlechter entlohnt werden. Nach zwei Ablehnungen wird die Unterstützung für einen Monat gestrichen.

Viel härter trifft es die Geringverdiener, besonders Berufsanfänger mit den typischen Zeitverträgen. Hatte man in den letzten 28 Monaten vier Monate gearbeitet, war man anspruchsberechtigt. Jetzt sind es sechs Monate innerhalb von nur 24 Monaten. Für die Erneuerung der Ansprüche reichte bisher ein Monat Arbeit, jetzt sind es sechs.<sup>4</sup> Von den sechs Millionen gemeldeten Erwerbslosen soll eine Minderheit von 30 000 die Möglichkeit haben, sich als Existenzgründer selbständig zu machen.<sup>5</sup> Jeder seines Glückes Schmied...

Die Verschärfung bei der Arbeitslosenversicherung würde mit der Rente nach Punkten direkt auf die späteren Renten durchschlagen. Da die Unterstützung für viele wegfällt, können sie in diesem Zeitraum auch keine Punkte sammeln.

Was die **Renten** betrifft, geht es nicht mehr um eine Verschlechterung der bestehenden Systeme, sondern um die »*Neugründung*« eines universellen Systems nach Punkten, um die komplette Ersetzung des vom nationalen Rat der Resistance 1945 begründeten Systems der umlagegestützten Grundrente im *Régime général de la Sécurité sociale*. In den

2 Wir sollten an dieser Stelle nicht vergessen, dass Macron in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen 2017 die Stimmen von nur 18 % der Wahlberechtigten sammeln konnte. Seinen Wahlsieg verdankt er der Ablehnung von Marine Le Pen. Seine Wahlplattform LREM konnte durch das Mehrheitswahlsystem eine komfortable Mehrheit in der Nationalversammlung erreichen, weil die Gaullisten stark geschwächt und die Sozialisten kollabiert waren.

3 Das von der IG-Metall Baden-Württemberg und dem Unternehmerverband Südwestmetall 2004 vereinbarte Pforzheimer Abkommen erlaubt die Abweichung von Tarifverträgen nach unten (betriebliche Öffnungsklauseln)

4 Ralf Klingsiek in *ND*, 05.11.2019

5 Rudolf Walter in *Freitag* 47/2019

vom Ministerium für Solidarität und Gesundheit am 9. Januar veröffentlichten zwei Gesetzen für ein »universelles Rentensystem« heißt es: (Das Engagement des Präsidenten der Republik ist es) »zum Aufbau der sozialen Sicherung des 21. Jahrhunderts beizutragen, durch die Errichtung eines universellen Systems, gerecht, transparent und zuverlässig, in dem jeder exakt von den gleichen Rechten profitiert.«<sup>6</sup>

Drei Punkte sind dabei von herausragender Bedeutung:

- Erstens werden sämtliche Sondersysteme, *régimes spéciaux*, kassiert, die insgesamt nur 1,4 % der Beschäftigten betreffen. Allerdings soll damit die Kampfkraft von Belegschaften gebrochen werden, wie die der Bahn, des Pariser Nahverkehrs, der Energiewirtschaft usw., deren Widerstand in der Vergangenheit die Renten der Mehrheit mit verteidigt hat.
- Zweitens wird es ein **Scharnieralter** geben, *age pivot*, was bedeutet, dass es auch mit vollen Beitragsjahren Abschlüsse geben soll.
- Drittens, und das erregt die französischen Lohnabhängigen am meisten, wird die bisherige **Art der Anrechnung** gestrichen und durch eine für die überwältigende Mehrheit ungünstigere Regelung ersetzt. Statt der 25 besten Jahre in der Privatwirtschaft und der letzten sechs Monate im öffentlichen Dienst werden nun alle Zeiten eingerechnet, auch die schlecht bezahlten und die Zeiten der Erwerbslosigkeit. Besonders hart für die Jungen mit ihren zerstückelten Erwerbsbiographien, für die es immer schwerer wird, eine unbefristete Stelle zu ergattern. Schlecht für die Frauen wegen der Zeiten für Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen.

Absolutes Dogma ist wie in Deutschland das finanzielle Gleichgewicht des Systems, dessen Stellschrauben aber keine Naturgesetze, sondern politische Entscheidungen zugunsten der Millionäre und Milliardäre sind. Es sei an die Streichung der Steuer für Kapitalvermögen erinnert. Romanic Godin berichtet, dass seit 2018 jedes Jahr 3,4 Milliarden Euro an 340 000 Haushalte zurückerstattet werden – 10 000 Euro pro Haushalt.<sup>7</sup> Das Forschungsinstitut OFCE hat ermittelt, dass das im Dezember verabschiedete Finanzgesetz einen negativen Effekt auf die ärmsten 40 % der Bevölkerung hat. Bevorzugt werden die »oberen Mittelklassen«.<sup>8</sup>

Der Wert der Punkte soll nicht an die Preisentwicklung gekoppelt werden, sondern an die Einkommensentwicklung, also Löhne und Gehälter aus Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst, aber auch die Einkommen der Selbständigen. Am 12. Februar wurde bekannt, dass bisher offensichtlich ein verbindlicher Index fehlt, um diese anzugeben.<sup>9</sup> Obwohl der Rentenkommissar Jean-Paul Delevoye im Juli 2019 seinen Bericht vorgelegt hatte, bleiben viele Details im Vagen. Das höchste Verwaltungsgericht bemängelte am 24. Januar, die beiden die Renten betreffenden Gesetze seien Lückentexte, bei denen etliche Bestimmungen erst später, durch Verordnungen gefüllt werden sollen.<sup>10</sup> Dieser »Staatsrat« kann die Gesetze zwar nicht kassieren,

sondern nur Empfehlungen aussprechen. Die von ihm attestierte Verfassungswidrigkeit könnte später das Verfassungsgericht *Conseil constitutionnel* zum Eingreifen veranlassen. Es zeigt sich aber, dass von Nationalversammlung und Senat eine Art Blankoscheck verlangt wird. Diese Unbestimmtheit war nicht gerade geeignet, die Bevölkerung zu beruhigen.

## Frankreich und Deutschland im Vergleich

Ein Vergleich mit Deutschland zeigt die zerstörerische Wirkung der geplanten »Neugründung«: Die entscheidenden Zahlen betreffen den

### Anteil der Renten am BIP:

10 % in Deutschland und 14 % in Frankreich. Dem steht eine

### Altersarmut

in Deutschland von 18,7 % gegenüber nur 7,3 % in Frankreich.<sup>11</sup>

Die Altersarmut in Frankreich hat sogar stark abgenommen: 2009 betrug sie noch 13,4 % also fast das Doppelte. In Deutschland ist sie dagegen seit 2009 um 3 % gestiegen.<sup>12</sup>

Die **Durchschnittsrente** beträgt in Frankreich zwischen 1400 und 1600 Euro<sup>13</sup>, in Deutschland West nach Angaben der GRV von 2018 dagegen nur 864 Euro mit einem gewaltigen Unterschied zwischen Frauen (647) und Männern (1 130). Für die 2018 neu in Rente Gegangenen lauten die Zahlen: 675 Euro für die Frauen, 928 Euro für die Männer, Durchschnitt: 750 Euro.<sup>14</sup>

Die **Rentenbeiträge** sind mit ca. 26 % in Frankreich deutlich höher als in Deutschland mit 18,6 %. Der sogenannte Arbeitgeberanteil beträgt in Frankreich 16,3 %, in Deutschland liegt er bei 9,3 %. Die Beschäftigten bekommen in Frankreich 11,2 % für die Rente abgezogen, in Deutschland 9,3 %.

Der Münchner Merkur veröffentlichte am 06.12.2017 eine Liste des **Rentenanteils vom Nettoverdienst**:

Frankreich: 74,3 %,

EU – 28 Durchschnitt: 70,6 %,

OECD Durchschnitt: 62,9 %,

Deutschland: mit 50,5 % auf dem fünftletzten Rang, Tendenz fallend

Fazit: In Deutschland tickt eine soziale Zeitbombe, die mindestens die Hälfte der Bevölkerung fürchtet und gemeinsam mit den Gewerkschaften bisher nur beklagt. Bei weiterer Untätigkeit von Gewerkschaftsbasis und Apparat droht eine Kaperung dieses Themas durch die extreme Rechte.

## Freie Fahrt für BlackRock

Die geplanten Einsparungen in Milliardenhöhe sollen eine Lücke hinterlassen, die die Anbieter privater Produkte für Altersvorsorge für sich nutzen möchten: Der Geschäftsfüh-

6 Romaric Godin in Mediapart, 30.01.2020

7 Le Figaro, 05.02.2020. Untersucht werden die Auswirkungen verschiedener Steuerreformen und Unterstützungssysteme. Bei einer Einteilung der Haushalte in 20 Gruppen verlieren die unteren vier Gruppen, während die Gruppen 13, 14 und 15 am stärksten profitieren.

8 20heures: <https://www.francetvinfo.fr> am 12.02.2020. Wahrscheinlich soll das nationale Institut für Statistik, Insee, diese Aufgabe übernehmen

9 Bernard Schmid in Labournet, 27.01.2020

10 Martine Bulard in Le Monde diplomatique, Januar 2020

11 Romaric Godin in Mediapart, 03.01.2020

12 Die erste Angabe stammt von Monika Queisser, Leiterin der Abteilung für Sozialpolitik bei der OECD in Paris und Mitglied des französischen Rentenrats COR im Spiegel, 05.12.2019. Die zweite Angabe von Ulrike Herrmann in der taz vom 09.12.2019

13 Romaric Godin ebda. Die Werte für den Osten betragen laut GRV für den 31.12.2018 im Durchschnitt 958 Euro, dabei 1 095 für Männer und 885 für Frauen.

14 Marco Wenzel auf <https://www.nachdenkseiten.de/?p=57476> vom 06.01.2020. Verkehrsminister Scheuer dagegen wurde von Kanzlerin Merkel »gute Arbeit« bescheinigt. Er muss nicht gehen. Der Aufsichtsratsvorsitzende von BlackRock-Deutschland heißt Friedrich Merz, CDU.

rer des größten US-Vermögensverwalters BlackRock, Larry Fink, wurde mehrfach von Macron und der Regierung geholt: Bereits drei Wochen nach Macrons Wahl wurde er 2017 im Élysee-Palast und dem Sitz des Premierministers empfangen, drei Wochen später traf ihn Wirtschaftsminister Bruno Le Maire in New York. Am 25. Oktober 2017 wurde er mit 21 anderen Fondsmanagern in den Saal Murat im Élysee eingeladen, laut der Satirezeitung *Le Canard Enchaîné* eine Ehre, die nie zuvor einem Privatunternehmern gewährt wurde.

Im Oktober 2017 rief der Premierminister das Komitee für »Strukturreformen« der staatlichen Aufgaben ein. Eines der 30 Mitglieder ist der Vorsitzende von BlackRock-Frankreich, Jean-François Cirelli, der am Neujahrstag 2020 mit dem Orden der Ehrenlegion ausgezeichnet wurde. Der von Macron im September 2017 zum Rentenkommissar ernannte Jean-Paul Delevoye war genau wie Cirelli Regierungsmitglied unter Chirac. Er musste am 16. Dezember 2019 zurücktreten, drei Tage nachdem bekannt wurde, dass er für monatlich 5 300 Euro nebenberuflich bei Ifpass beschäftigt war, der Bildungsanstalt der privaten Versicherer.<sup>15</sup>

**BlackRock-Gründer Larry Fink** formulierte das strategische Ziel Anfang 2019 folgendermaßen: »Weil die Staaten angesichts tiefgreifender ökonomischer Veränderungen nicht mehr in der Lage sind, Lösungen anzubieten, blickt die Gesellschaft mehr und mehr auf die Unternehmen, um die drängendsten sozialen und wirtschaftlichen Probleme anzugehen. **Die Welt braucht unsere Führung.**«<sup>16</sup> Privatisierung bei Krankenhäusern, Wasser, Wohnungen, öffentlichem Transport, »Digitalpakt Schule«, der Appetit bleibt gewaltig.

## Der Widerstand gegen die geplante »Reform«

Die Länge der Streiks bei der Bahn und im Nahverkehr des Großraums Paris (RATP), der dadurch verursachte direkte finanzielle Schaden, die Vielfältigkeit der Streiks und die ungebrochene Unterstützung durch die öffentliche Meinung lassen die These wagen, dass die französische Bourgeoisie des Jahres 1995 vor dieser Bewegung hätte zurückweichen und ihr den Sieg überlassen müssen. Aber nach all den Jahren des Sozialdumpings, der niedrigen Lohnstückkosten und der Exportoffensive Deutschlands ist der Druck, unter dem Unternehmerlager, Präsident und Regierung stehen, offensichtlich zu groß. Allein der direkte Schaden bei der SNCF beträgt gut eine Milliarde, beim Pariser Nahverkehr noch einmal zweihundert Millionen. Der indirekte Schaden durch den bestreikten Güterverkehr konnte bisher noch nicht beziffert werden, er betrifft Produktion und Handel, aber auch die Bereiche Tourismus oder Gastronomie. Die Transportschwierigkeiten von Gütern und Personal beeinträchtigten die gesamte Wirtschaft in vielfältiger Weise.

Der Streik begann am 5. Dezember mit einem Donnerstagsstreik, dessen Echo sogar die *Tagesschau* erreichte. Die nächste starke Mobilisierung gab es am 17. Dezember. Die Bewegung überlebte die Weihnachtspause und erreichte am 9. Januar einen weiteren Höhepunkt. Kurz davor gab es einen Alarmruf aus den Reihen der RATP, dass sie und ihre Camarades von der Bahn allein die Regierung nicht stoppen können. Daraufhin verstärkten sich dezentrale

15 Dünkirchen, Le Havre, Rouen, Nantes-Saint-Nazaire, La Rochelle, Bordeaux und Marseille

16 <https://www.20minutes.fr/arts-stars/medias/2690839-20200109-greve-radio-france-voeux-sibyle-veil-interrompus-choeur-radio>



**Krankenhäuser, Banken, Renten, Energie, Kommunikation, Maut, Flughäfen, Transport, Nationales Lotto, Geschwindigkeitskontrollen:**

**Wenn alles privatisiert sein wird, werden wir von allem ausgeschlossen sein.**

**Gelbe Westen, Zusammenschluss 57 (Département Moselle)**

Aktionen, Flashmobs, Stromabschaltungen direkt am Verteilerkasten, wiederholte Aktionen »Toter Hafen« in sieben der größten französischen Häfen.

Schon am 5. Dezember wurde der Streikaufruf an Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen stark befolgt, in Krankenhäusern und Altenheimen parallel zu den Kämpfen, die schon das ganze Jahr 2019 über stattgefunden haben. Mitte Januar kamen noch die Müllabfuhr und Müllverbrennungsanlagen im Großraum Paris dazu. Der öffentliche Sender Radio France, bei dem Stellenabbau geplant ist, erlebte einen bisher einmaligen Streik von 63 Tagen Länge, der Anfang Februar unterbrochen wurde. Der Versuch einer Neujahrsansprache durch die Geschäftsführerin wurde durch den Gefangenenchor aus Nabucco unterbrochen. Auf französisch: »Chor der Sklaven«.

Die Rechtsanwälte verteidigten ihre vollkommen autonome Rentenkasse und warfen vermehrt ihre schwarzen Roben der Justizministerin vor die Füße. Wütende Feuerwehrleute lieferten sich Straßenschlachten mit der Bereitschaftspolizei CRS, selbst Polizisten streikten für ihre Renten. Polizei und Militär wurde daraufhin die Beibehaltung ihrer Sondersysteme garantiert.

Schon ab Anfang Dezember wurden der Elektrizitätsbereich bei EDF (Électricité de France), Engie und Enedis mit einer Beteiligung von 40 - 60 % bestreikt. Anfang Januar waren alle acht Raffinerien in Frankreich von Arbeitsniederlegungen betroffen, so dass es regional zu Benzinmangel kam. Schon direkt vor dem 5. Dezember hatten Unternehmer, die im Bereich öffentliche Gebäude und Arbeiten (BTP) tätig sind, Benzindepots blockiert, weil ihnen ein Steuervorteil für Benzin gestrichen werden sollte.

Die Beispiele der wilden Streiks bei Wartungszentren der SNCF und der Arbeitsniederlegung durch Zugführer nach einem Zugunglück Mitte November zeigen, dass die Basis der Gewerkschaften einen enormen Druck in Richtung Arbeitskampf ausübte. Der Kampf um die Renten verband sich mit den parallel laufenden Kämpfen um den Erhalt der öffentlichen Krankenhäuser. Begonnen in den Notaufnahmen Mitte März 2019 konnte er durch Zugeständnisse von ca. 700 Millionen nicht gelöscht werden. Die Frage der Finanzierung stellt sich prinzipiell: Können, dürfen Krankenhäuser »profitabel« sein? Bei einem grève du codage verweigerten Ärzt\*innen die Weitergabe von Behandlungsdaten an die Krankenkassen um wirtschaftlichen Druck zu erzeugen. Am 13. Januar erklärten 1000 Ärzt\*innen öffentlich ihre Demission von allen administrativen Aufgaben.

Parallel zum Kampf um ihre Renten bewegt die Lehrer\*innen die Reform des öffentlichen Dienstes und des Abiturs, was schon vor den Sommerferien zu einem »Notenstreik« geführt hatte, der Weigerung, die Abiturnoten ans Bildungsministerium weiterzuleiten. Wegen des Fehlens von Prämien wären die Lehrer\*innen stärker von der Rentenreform betroffen als andere Angehörige des öffentlichen Dienstes. Erziehungsminister Blanquer hatte als Kompensation 500 Millionen jährlich angeboten. Weil bisher unklar bleibt, wer welche Kompensation bekommen würde und weil damit eine andere Anrechnung von Arbeitszeit (also deren Ausdehnung) verbunden ist, sowie eine bessere Möglichkeit, Lehrkräfte nach Bedarf hin und her zu schieben, bleiben die Beschäftigten misstrauisch und mobilisiert.

Entscheidende Schwäche der Bewegung war bisher das Ausbleiben großer Streiks in der Privatwirtschaft. Die hier Beschäftigten haben zu große Angst vor dem Verlust ihrer Jobs durch Betriebsschließung oder Verlagerung ins Ausland. In der Regel kommt es nur bei dieser Art von Angriffen zu entschiedener Gegenwehr bis hin zu Betriebsbesetzungen. Es zeigte sich, wie schon 2016, eine Spaltung des Gewerkschaftslagers. Am entschlossensten waren CGT, FO, FSU und Sud-Solidaires zusammen mit den Organisationen der Studierenden und Schüler, diesmal erweitert um die Gewerkschaft der leitenden Angestellten, CFE-CGC, die sich gegen die Verminderung des Umlageverfahrens bei hohen Einkommen und Renten und die damit verbundene Kapitalisierung wendet. Dieses Bündnis lehnt eine Rente nach Punkten generell ab. Auf der anderen Seite die CFDT unter ihrem Präsidenten Laurent Berger, der der DGB-Führung um Reiner Hoffmann politisch nahe steht. Auch er konnte allerdings die bei der CFDT organisierten Beschäftigten der Bahn nicht vom Streik abhalten. Die UNSA, stärkste Gewerkschaft beim Nahverkehr im Großraum Paris, RATP, war 2016 nicht in der Widerstandsfront. Dem Druck der Basis bei der RATP musste aber auch ihre Zentrale folgen.

Laurent Berger möchte, ebenso wie Macron, ein universelles Rentensystem, das für alle gilt. Allerdings können auch die Mitglieder der CFDT rechnen und merken, dass sie bei Macrons »Reform« verlieren würden. In den Medien wurde die Empörung Bergers über das Scharnieralter (age pivot) von 64 Jahren und das angebliche Einlenken der Regierung am 11. Januar in dieser Frage breit behandelt. Die Regierung hatte natürlich die Absicht, die Streikfront zu schwächen. Ihr angebliches Nachgeben erweist sich bei genauerem Hinsehen als geschicktes Manöver. Die Regierung fordert die verhandlungsbereiten »Sozialpartner« dazu auf, die für ein Scharnieralter von 62 Jahren fehlenden 12 Milliarden bis April 2020 irgendwo aufzutreiben. Gelingt



**Medizinisches Personal auf der Demonstration gegen die Rentenreform, Metz, 9. Januar 2020**

ihnen das nicht, wird dieses Alter eben per Verordnung auf 64 festgelegt, wie gehabt. Es war schon im Januar klar, dass der Streik mit großer Wahrscheinlichkeit im April beendet sein wird. Als zusätzliche Demütigung für Berger berichteten die Medien bereits am 20. Januar, dass dieses Alter, inzwischen in »Gleichgewichtsalter« umbenannt, bis 2037 wahrscheinlich auf 65 Jahre erhöht werden wird: Das »Gleichgewicht« mache dies eben nötig. Es kam zu Austritten aus der CFDT, die genaue Zahl ist nicht bekannt, aber mindestens 5 000.

Es ist nicht zu übersehen, dass die Demonstrationen kleiner werden, zu denen das Bündnis aus fünf Gewerkschaften und den Jugendorganisationen Woche für Woche aufruft, dass die Streiks im Transportsektor erst einmal beendet sind und dass die Blockaden von Häfen, Raffinerien und Benzindepots nicht lang genug dauerten, um eine wirkliche Benzinknappheit herbeizuführen. Trotzdem versucht ein entschlossener Kern die Bewegung aufrecht zu erhalten und zu erweitern und neue Aktionsformen zu finden. Matthieu, Ingenieur für Bauausführungen bei der Stadtverwaltung von Paris und aktiver CGTler, legt jeden Morgen mit anderen Kollegen für einige Stunden die Arbeit nieder. Sie gehen zu den Streikposten, informieren sich, knüpfen Kontakte, versuchen die Mobilisierung aufzubauen. Manon unterstützt mit anderen Studierenden die Streiks bei der Müllabfuhr. »Das ist ein atomisierter Sektor mit einer Konkurrenz zwischen Öffentlichen und Privaten. Es gibt viele Befristete, die schwer zu mobilisieren sind. Wir gehen von Garage zu Garage um eine Verbindung zwischen ihnen aufzubauen.« Ein erstes gemeinsames Treffen hat stattgefunden, ein gemeinsames Transparent wurde auf der Demonstration am 20. Februar in Paris getragen. Gaël Quirante, Sekretär der Gewerkschaft Sud-Poste im Département Haute-Seine, sagt: »Der große Widerspruch ist, dass es mehr ‚Dampf‘ an der Gewerkschaftsbasis, bei der Jugend, bei den Arbeitern gibt als auf der Ebene der Zentralen. Es ist nötig, die Strategie einer nationalen Bewegung anzukurbeln, mit der zentralen Frage, die Wirtschaft lahmzulegen, den unbefristeten Streik auf die Tagesordnung zu setzen, der bis

heute nicht im Kern der Strategie der Gewerkschaftszentralen stand.« Ebenfalls in Paris fand am 23. Februar ein Koordinierungstreffen verschiedener branchenübergreifender Versammlungen und Streikkomitees aus ganz Frankreich statt.<sup>17</sup>

Trotz aller Schwächen handelt es sich um den längsten Streik seit 1920 mit der stärksten Beteiligung seit 2010. Auf der Streikdemonstration am Donnerstag, den 9. Januar, in Metz demonstrierten gemeinsam Anwalt\*innen mit Beschäftigten der Krankenhäuser und der Automobilindustrie, natürlich der Bahn, mit Lehrer\*innen und mit Gelben Westen. Eine soziale Breite, die von den Beteiligten so noch nie gesehen wurde. Gelbe Westen trugen ein Schild mit der Parole: »Wenn alles privat sein wird, werden wir von allem ausgeschlossen sein!«<sup>18</sup> Die fast gleichlautende Parole trugen streikende Gewerkschafter\*innen von Radio France bei ihrer Protestaktion auf die Bühne. Und in Frankreich traut sich bisher niemand, öffentlich auch nur einen Gedanken an eine Rente mit 70 zu verschwenden. Passiv bleiben, wie bisher in Deutschland, lohnt sich offensichtlich noch weniger.

## Macrons Niederlage im Kampf um die öffentliche Meinung

Obwohl eine Mehrheit der Bevölkerung grundsätzlich für eine Vereinheitlichung der verschiedenen Rentensysteme ist, misstraut sie doch Macron und seiner Regierung und kann nachrechnen, dass sie bei der »Reform« verlieren würde. Die Umfragen zeigen auch nach 42 Streiktagen übereinstimmend eine klare Mehrheit, die die Bewegung unterstützt.<sup>19</sup> Bei einer Jugendarbeitslosigkeit von knapp 20 % wollen es die Alten einfach nicht einsehen, länger zu arbeiten und damit den Jungen die Jobs wegzunehmen. In etlichen Familien ziehen die Kinder nach einer Scheidung zusammen mit den Enkeln wieder bei ihren Eltern ein. Das Wort *Promiskuität* bedeutet auf Französisch den Mangel an Privatsphäre, z.B. wegen einer überbelegten Wohnung. Während des Streiks im Pariser Nahverkehr äußerten befragte junge Erwachsene kurz vor Weihnachten, sie würden lieber die Strapazen beim Arbeitsweg und ein missglücktes Weihnachten in Kauf nehmen, als für Generationen die falschen Weichen zu stellen. Im Januar sammelten Streikende in den Pariser Metrostationen bei den bestreikten Fahrgästen Geld für die Streikkasse. Mit Erfolg!

Macrons Frankreich ist nicht Thatchers Vereinigtes Königreich. Die Bergarbeiter in England wurden 1985 faktisch nicht mehr gebraucht, Lokführer, Krankenschwestern, Lehrer und Fluglotsen in Frankreich heute dagegen schon. Die öffentliche Meinung in Großbritannien wandte sich zuletzt gegen die Streikenden und die als übermächtig empfundenen britischen Gewerkschaften (»Heizer auf der E-Lok«). Und 1985 schien ein strahlendes Zeitalter des Neoliberalismus zu beginnen. Inzwischen sind weltweit viele Illusionen zerplatzt.

Schließlich hat ihr Sieg über die Gewerkschaften Margaret Thatcher politisch nicht geschadet, im Gegenteil. Der politische Preis, den Macron wird zahlen müssen, ist dagegen schon in Ansätzen erkennbar. Anfang Februar beantragte die konservativ-liberale UDI in der National-

versammlung den Urlaub für Eltern nach dem Tod eines Kindes von 5 auf 12 Tage zu verlängern. Arbeitsministerin Pénicaud<sup>20</sup> und die Abgeordneten lehnten ab: Zu teuer für die Unternehmer. In der Welle der öffentlichen Empörung wurden die Abgeordneten von LREM als »gefühllose Playmobil-Männchen« bezeichnet, aus der Regierung hieß es, in der Fraktion saßen nur Idioten, Macron rügte sie wegen ihrer Herzlosigkeit.<sup>21</sup> Diese empörten sich öffentlich darüber, gerade Macron sei kein Beispiel übertriebener Humanität.

Am 14. Februar erschütterte der Rücktritt des LREM-Kandidaten für die Wahl des Pariser Bürgermeisters die Republik: Benjamin Griveaux, einer der engsten Vertrauten Macrons, zog die Konsequenzen aus der Veröffentlichung von anzüglichen Videos und Textbotschaften, die einen außereheliche Bezug haben. Kurzfristig muss nun die bisherige Ministerin für Solidarität und Gesundheit, Agnes Buzyn, einspringen, die bis zu diesem Zeitpunkt mit den heftigen Auseinandersetzungen um die öffentlichen Krankenhäuser, mit dem Coronavirus und mit eben der Rentenreform beschäftigt war. In anderen Städten konnte sich LREM nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen. Ermüdungserscheinungen auch hier.

Romarc Godin schreibt am 30. Januar bei Mediapart, der Sieg der französischen Regierung habe den Geschmack einer Niederlage. Zwischen dem Gestammel der Arbeitsministerin und den Rechtfertigungsversuchen der Regierungssprecherin spüre man eine Form der Panik und eines intellektuellen Debakels. Allein die Rechtfertigung der »Reform« über die höhere Lebenserwartung lasse beispielsweise außer Acht, dass Arbeiter im Durchschnitt früher sterben als leitende Angestellte. Beide dem gleichen Schema zu unterwerfen, bedeute gerade das Gegenteil von Gerechtigkeit:

*»Die Unfähigkeit der Regierung, mit ihrer Erzählung durchzudringen, wird nicht ohne Konsequenzen bleiben. Wie soll konkret eine Reform von derartigem Ausmaß politisch realisiert werden, ohne erfolgreich von ihrer Nützlichkeit, Gerechtigkeit und Eignung überzeugt zu haben? Das wird deutlich komplexer werden, zumal die Verabschiedung des Projekts nur der Anfang dieser Reform ist, die einen Weg voll technischer Hindernisse vor sich hat, übersät mit verschiedenen Fallstricken, derer sich die Regierung mehr oder weniger bewusst ist.*

*Ohne dazu zu rechnen, dass es unter diesen Bedingungen sehr schwierig sein wird, die Demütigung zu akzeptieren, die die Regierung einer der längsten sozialen Bewegungen in unserer Geschichte zugefügt hat. Sie scheint eine kurzfristige Lösung gefunden zu haben: Augen zu und durch. Mehr als jemals hat sich die Macht eingesperrt, allein, in einem intellektuellen Gefängnis, in dem sie sich mit ihren eigenen Gewissheiten zufriedene gibt. Aber die Wahrheit ist, dass der Neoliberalismus nicht mehr das Monopol der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ideen zu haben scheint. Darin ist die soziale Bewegung ein Wendepunkt. Ihre Existenz, in Taten und in Ideen, ist vielleicht ihr größter Sieg gewesen.«*

B.K., 25.02.2020

17 Bertrand Bissuel und Aline Leclerc in Le Monde, 22.02.2020

18 »Quand tout sera privé, on sera privé-es de tout !« Das Verb »priver« bedeutet »ausschließen, ausgrenzen«.

19 Odaxa am 16. Januar: 66 %; Harris interactiv am 13. Januar: 60 % Unterstützung.

20 Muriel Pénicaud hat als Managerin bei Danone Aktienoptionen eingelöst, als 900 Stellen abgebaut wurden. Dadurch konnte sie an einem Tag 1,1 Millionen € Gewinn machen. Für diesen Betrag muss ein Empfänger des französischen Mindestlohns 80 Jahre lang arbeiten -in Deutschland noch länger.

21 Thomas Hanke im Handelsblatt, 14.02.2020

## Nachtrag 7. April 2020:

Während in Frankreich die Region Grand Est und besonders das Elsass bereits ertrinken<sup>22</sup>, die Corona-Welle sich über den Großraum Paris verbreitet und im Begriff ist, die anderen Regionen Frankreichs zu überfluten, muss sich die Regierung gegen Vorwürfe wehren, zu spät gehandelt zu haben. Wenn über Ausgangsbeschränkungen debattiert wird, dann, angesichts der dramatischen Berichte aus Krankenhäusern in Straßburg oder Mulhouse, höchstens über eine Verschärfung.

Wir können davon ausgehen, dass nicht nur die deutsche Regierung bereits Ende Januar einigermaßen über die Entwicklung im Bilde war. Agnes Buzyn, **gelernte und lange Zeit praktizierende Ärztin** und bis zum 16. Februar französische Gesundheitsministerin, erklärte am 17. März unter Tränen vor den Kameras, sie habe bereits am 30. Januar den Premierminister davor gewarnt, dass ein Tsunami auf Frankreich zurolle und man auf keinen Fall die Kommunalwahlen am 15. und 22. März werde abhalten können, deren erste Runde dann bereits unter dem Confinement (Eindämmung, Einschließung) stattgefunden haben. Mehrere Wahlhelfer wandten sich bereits an die Öffentlichkeit, weil sie positiv getestet wurden.<sup>23</sup>

Am 19. März erstatteten mehr als 600 Ärzt\*innen des Kollektivs C 19 Anzeige gegen Buzyn und Édouard Philippe, weil sie nicht rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen ergriffen hatten um die Ausbreitung der Krankheit zu verlangsamen. Die o.g. Ärztin aus dem Elsass: *»Ich denke auch, dass die Bedrohung lange verharmlost wurde. Die Ausgangssperre wurde viel zu spät beschlossen. Es sind aber vor allem zwei Dinge, die mich fassungslos machen: Frankreich hat am 15. März, einen Tag vor der Ausgangssperre, noch Kommunalwahlen abgehalten. Das Problem war, dass es zu diesem Zeitpunkt kaum Atemschutzmasken gab. Viele dieser Masken wurden an die Wahlhelfer und Wähler verteilt, obwohl wir sie in den Krankenhäusern viel dringender gebraucht hätten. (...) Wichtig ist aber vor allem, wie jetzt die Bevölkerung reagiert. Ich kann nur noch betonen, wie wichtig es ist, sich an die Ausgangssperren zu halten.«*<sup>24</sup>

Der französische Arzt Philippe Klein, einer der letzten Franzosen in Wuhan, berichtete am 22. März in den Abendnachrichten »20heures«: *»In den 60 Tagen, seit die Quarantäne begonnen hat, habe ich weder meine Frau, noch meine Kinder gesehen. In einer so außergewöhnlichen Situation müssen wir außergewöhnliche Opfer bringen.«* Die französischen Maßnahmen, obwohl zu diesem Zeitpunkt schon deutlich strikter als die deutschen, würden zu nichts führen. China habe der Welt gezeigt, wie man die Krise beherrschen könne, für die westlichen Regierungen gäbe es jetzt keine Entschuldigung mehr, so Klein.

In der Tat sind alle Ausgangs- und Kontakteinschränkungen fragwürdig, solange die Beschäftigten der nicht lebensnotwendigen Betriebe gezwungen werden, sich auf der Arbeit dem Infektionsrisiko auszusetzen. Das Arbeitsverbot in diesen Bereichen ist aber unter kapitalistischen Verhältnissen ein Tabu. Zu diesem Mittel haben Italien und Spanien erst gegriffen, als die Ereignisse völlig außer Kontrolle geraten waren und die Ausgangssperre ohne Arbeitsverbot

nicht gegriffen hatte. Von deutschen Medien wurde es bisher zu keinem Zeitpunkt thematisiert. Auch in Frankreich soll bisher noch in den nicht lebensnotwendigen Bereichen gearbeitet werden. Allerdings nehmen viele Beschäftigte dort ihr »Droit de Retrait«, ein im »Code du Travail« verankertes Recht in Anspruch, die Arbeit zu verweigern, wenn ihre Gesundheit gefährdet ist. Die Beschäftigten des Louvre berufen sich schon seit dem 1. März auf dieses Recht, seit diesem Tag ist das meistbesuchte Museum der Welt geschlossen. In vielen Branchen und Betrieben machen Beschäftigte und Gewerkschaften Druck in Richtung Arbeitseinstellung.

Ein besonders schönes Beispiel beschreibt Marco Wenzel am 1. April auf den Nachdenkseiten: *»Anfang letzter Woche hat Airbus Druck ausgeübt, um die Produktion wieder aufzunehmen. Dafür hat Airbus bereits Zehntausende von Masken für ihre Mitarbeiter und die ihrer Subunternehmer beschafft. Die gleichen Masken, nach denen die Mitarbeiter des Gesundheitswesens ständig verlangen. Aus diesem Grund trafen sich am 26. März mehr als zwanzig kämpferische Betriebsräte von Airbus und Subunternehmern und fordern in einer Mitteilung die Schließung der Fabriken während der Eindämmungsphase sowie die 100%ige Zahlung der Löhne während dieser Zeit für alle Beschäftigten. Sie fordern ferner, dass alle von Airbus und den Subunternehmern bereits beschafften Masken sofort an die Pflegekräfte ausgehändigt werden. Weiterhin fordern sie, die Frage der Umlenkung der Produktion, zum Beispiel zur Herstellung von künstlichen Beatmungsgeräten. In der Luftfahrtindustrie schlossen viele Fabriken am 17. März oder an den folgenden Tagen.«*<sup>25</sup>

Zu der angeordneten Schließung von nicht lebensnotwendigen Geschäften und dem daraus folgenden Boom des Onlinehandels äußerte die französische Regierung, sie werde dafür sorgen, dass Firmen wie Amazon einen erheblichen und schwerwiegenden Beitrag werden leisten müssen, um nach der Krise den kleinen Läden wieder auf die Beine zu helfen. Wirtschaftsminister Bruno Le Maire kritisierte am 19. März Amazon scharf für seinen Umgang mit den Mitarbeitern.

Überhaupt geht vielen Verantwortlichen in Macrons Wahlplattform LRM gerade auf, dass diejenigen, die immer verachtet wurden, das Land am Laufen halten: die Arbeiter und Angestellten. Die höheren Ränge verrichten derweil Telearbeit. Der Abgeordnete Guillaume Chiche: *»Es sind die prekärsten Kategorien, die die notwendigsten Tätigkeiten ausführen um das Land in Gang zu halten, und die außerdem den Risiken einer Ansteckung am meisten ausgesetzt sind. Das wird ihren Forderungen eine deutliche Rechtfertigung verschaffen.«* Er schätzt, dass dadurch erneut die Erscheinung des Klassenkampfes auftauchen wird. Der Generaldelegierte von LRM, Stanislas Guerini dazu: *»Wir befinden uns in einem Moment der Rehabilitierung der Arbeiter, die für die Nation unersetzlich sind: Die Lieferanten, die Kassierer, die Beschäftigten der Müllabfuhr und der Straßenreinigung... Der lebensnotwendige Charakter einiger Berufe sticht hervor. Frankreich kann ohne sie nicht durchhalten.«*

22 Die Lage in den Notaufnahmen im Elsass scheint sich etwas zu entspannen. Wie es nach einer Lockerung der Quarantäneregeln aussehen würde, wissen wir nicht.

23 Nina Belz in NZZ, 29.03.2020

24 Interview: Julian Bernstein im Standard, 29.03.2020

25 Marco Wenzel, 01.04.2020, in

<https://www.nachdenkseiten.de/?gastautor=marco-wenzel>

Zu den aktuellen Auseinandersetzungen um das droit de retrait siehe auch Bernard Schmid bei labournet.





Wie sich die Bilder gleichen – Strassen mit leerstehenden Geschäften, links in Athen, rechts in Santiago de Chile

■ GEGEN SPARDIKTATE UND NATIONALISMUS · ACHE SOLIDARITÄTSREISE NACH GRIECHENLAND

## Jubel bei den Herrschenden, Krise bei der Bevölkerung – aber der Widerstand ist nicht tot

Eine befreundete Journalistin beschrieb ihre Wahrnehmung: Auf der einen Seite tönen die Konservativen nach ihrem Wahlsieg: Der Aufschwung kommt! Die Krise ist vorbei! Und ihre Presse jubelt mit. Auf der anderen Seite geht es den Menschen genauso schlecht wie vorher oder noch schlechter. Die Löhne und Renten bleiben gekürzt und gesenkt, bei den meisten sind die Ersparnisse aufgebraucht. Jubeln können nur die nationalen und internationalen Investoren, denn die konservative Regierung will den Rest des öffentlichen Eigentums nun beschleunigt privatisieren.

Die Krise und die Politik der Gläubiger (vertreten durch EZB, EU und IWF, die »Troika«) trieben Griechenland in die Schuldenfalle, der Ausverkauf des Staatseigentums wird als »Aufschwung« gepriesen.

Wenn man in diesen Tagen Bilder aus Chile und den Innenstädten von Valparaíso und Santiago sieht, dann sieht man zerschlagene und zugenagelte Geschäftsstraßen. Der Aufstand gegen die neoliberale Politik, die für die große Mehrheit Armut und Verschuldung bedeutet, zerbrach die glänzenden Schaufenster, deren Waren für die Masse unerschwinglich geworden sind.

Griechische Städte zeigen seit Jahren dieselben Spuren der Verwüstung. Nur hat hier kein Aufstand stattgefunden, sondern die Krise trieb die Geschäftsinhaber in den Ruin. Ganze Straßenzüge in Athen und in den Provinzstädten bestehen aus verlassenen Geschäften.

### Politische Wüste

Bei dem Volksentscheid im Juni 2015 (wir berichteten in Arpo 3/4 2015) stimmten über 62% gegen weitere Spardiktate der Troika. Diese ließ sich aber nicht von diesem demokratischen Votum beeindrucken, die Syriza-Regierung unter Tsipras kapitulierte und unterschrieb noch härtere Auflagen als zuvor. Die nächsten vier Regierungsjahre setzte die Syriza-Regierung die Sparauflagen mehr oder weniger um und versuchte ihren geringen Spielraum für die eine oder andere Sozialmaßnahme zu nutzen.

Für die Widerstandsbewegung war die Kapitulation der »radikal linken« Regierung aber eine Katastrophe, zerstörte

sie doch alle Hoffnung auf einen Ausweg aus der Krise. Der Wahlsieg der Konservativen im Sommer 2019 war letztlich eine Folge der sich ausbreitenden Resignation und der sichtbar gewordenen Ausweglosigkeit.

Die Gewerkschaftsbewegung ist infolge der hohen Arbeitslosigkeit und der politischen Angriffe stark geschwächt und darüber hinaus zerstritten. Streikfähig sind eigentlich nur die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, also bei Fähren und U-Bahnen usw. Symptomatisch war ein Aufruf des Dachverbandes der Öffentlichen Dienst-Gewerkschaften Ende September zum Generalstreik wegen neuer Antigewerkschaftsgesetze, der vom Dachverband für die Privatwirtschaft boykottiert wurde. Der rief seinerseits eine Woche später zum Generalstreik auf. Natürlich war die Resonanz schwach.

### Stadtteilzentren: Blumen in der Wüste

Die politische Landschaft gleicht von einer linken Perspektive gesehen also eher einer Wüste. Umso bemerkenswerter waren unsere Besuche in einigen selbst organisierten Stadtteilzentren: blühende Widerstandsblumen.

**Menidi** ist ein Stadtteil im Norden von Athen, bewohnt u.a. von kleinen Gewerbetreibenden, Arbeitern, Arbeitslosen, Roma. Eingekeilt zwischen zwei Autobahnen, hat er zwar einen Fernbahnhof, aber keinen S- oder U-Bahn-Anschluss, sondern nur Busanbindung. Mit dem Bus dauert es über eine Stunde ins Zentrum. Hier ist der Athener Hauptschlagplatz für Drogen, wo sozusagen der Großhandel stattfindet und von wo die kleinen Dealer in die Stadt auschwärmen.

2016 fand sich eine Gruppe von ca. 40 jungen Menschen zusammen, die einen Bezug zum Stadtteil hatten, mietete ein altes Haus, setzte es instand und eröffnete ihr Zentrum. Ihre Idee: ein Gegengewicht setzen gegen die Verwahrlosung, gegen die Perspektivlosigkeit, gegen die fehlende Kultur und Bildung. Der Name deshalb: »Antivaro« – Gegengewicht.



EinladungPlakat zu einer der zahlreichen Veranstaltungen im "ANTIBAPO" im Stadtteil Menidi



Tresen des Stadtteilzentrums in Vryonas

Schon drei Wochen nach der Eröffnung gab es den ersten Brandanschlag von Neonazis. Ihre Satzung legt ihre Ziele fest: soziale, kulturelle, politische Aktionen auf einem antifaschistischen, antirassistischen Grundkonsens. Ihre Aktivitäten reichen über Nachhilfe für SchülerInnen vor dem Schulabschluss, über eine Kampagne zur besseren Verkehrsanbindung an die Stadt, über Vorträge, Filme, Musikveranstaltungen und Feste, zu denen bis zu 150 Menschen kommen und über die sie sich finanzieren. Sie haben zwei Klassenräume, eine Leihbibliothek, eine solidarische Küche. Viermal haben sie bisher kleine Broschüren in 1200er Auflage an den Schulen verteilt mit dem Titel: "Außerhalb des Stoffs", in denen sie u.a. über die Geschichte des Stadtteils informieren.

Mittlerweile ist die Gruppe etwas geschrumpft, aber es sind immer noch etwa 20 Aktive, die ihre ideologischen Differenzen zurückstellen zugunsten des gemeinsamen praktischen Projekts.

Näher am Zentrum liegt der Stadtteil **Vryonas**, in den 20er Jahren entstanden aus einer Siedlung für kleinasiatische Flüchtlinge. Im Zusammenhang mit den großen Mobilisierungen 2011 gegen die Sparpolitik begann hier eine Diskussion, ein festes Zentrum einzurichten. Es sollte dem Austausch von Ideen und der Kommunikation dienen und einen Raum für Kontakte im Alltag bilden. Das Zentrum sollte unabhängig sein und Ausgangspunkt für eine Zivilgesellschaft auf der Basis von Freiheit, Solidarität und Menschenwürde.

Die Reaktionen im Stadtteil waren überwiegend positiv; örtliche linke und linksradikale Gruppen sowie Anarchisten unterstützten die Idee. Die Kommunistische Partei (KKE) hielt sich auf Distanz. Der Bürgermeister und seine konservative Fraktion waren gegen ein solches Zentrum und bereiteten sich auf die Auseinandersetzung vor.

Schließlich wurde ein leer stehendes kommunales Gebäude besetzt und in den folgenden Jahren erfolgreich gegen die konservative Stadtregierung verteidigt. Das soziokulturelle Zentrum ist heute offen für BürgerInnen, Organisationen und Kollektive in Vryonas und der Nachbarschaft. Es ist offen für Arbeiter und Erwerbslose, Schüler und Studierende, Alt und Jung, für kulturelle und Umweltgruppen. Entscheidungen werden in einer Vollversammlung ge-

troffen; es gibt u.a. Untergruppen für Kulturelles, Bildung, Küche usw. Die Vollversammlung besteht aus Arbeitenden, Studierenden, Erwerbslosen, MigrantInnen, Obdachlosen. Willkommen sind alle, aber: Rassistisches, faschistisches und sexistisches Verhalten wird nicht akzeptiert. Das Zentrum kooperiert mit den verschiedenen sozialen Initiativen im Stadtteil, z.B. der Sozialen Apotheke.

Auffallend auch hier der politische Differenzen übergreifende Ansatz, den die kommunistische Partei nicht teilen will, weil sie sich einordnen müsste.

Einen anderen Schwerpunkt hat das Zentrum »**Distomo**«. Es ist benannt nach dem Ort, in dem die Wehrmacht im Juni 1944 die Dorfbevölkerung ermordete. Das Zentrum befindet sich mitten in Athen in dem Stadtteil Agios Panteleimonas, einem ärmeren Viertel mit sozialen Problemen und Kriminalität. Die faschistische »Goldene Morgenröte« errichtete hier ihre ersten Büros und bekommt bei Wahlen über 20% der Stimmen. Sie erklärte den Stadtteil zu ihrem Revier und vertrieb z.B. Migrantenkinder von den öffentlichen Spielplätzen. Überwiegend junge Leute aus verschiedenen Stadtteilen Athens mieteten 2014 einen Raum um dem faschistischen Treiben etwas entgegen zu setzen. Interessanterweise fanden sich hier AnarchistInnen und KommunistInnen, die sich selbst als stalinistisch bezeichnen, zusammen. Ihr Ansatz ist ganz unideologisch und im Wesentlichen praktisch: Am Wochenende kommen sie zahlreich zum Treffpunkt, besetzen mehrere Straßenecken und halten nach Nazis Ausschau, um sie zu verjagen. Mit beeindruckendem Erfolg: Die Spielplätze sind wieder für migrantische Kinder benutzbar und Leute aus dem Stadtteil kommen und bringen Brötchen und Kuchen.

Man stelle sich das mal hierzulande vor: Da würden bestimmt Hundertschaften von Polizei aufmarschieren um die herum streifenden Nazis zu schützen. Inwieweit die neue rechte Regierung nicht zu ähnlichen Maßnahmen greifen wird, bleibt abzuwarten.

Das Bemerkenswerte an diesen Widerstandsinselfen ist derem Bereitschaft ideologische Scheuklappen hinter sich zu lassen und praktisch zusammenzuarbeiten. Davon kann man hierzulande lernen.

M.HH., Februar 2020 ■



Fahnen mit »Hammer und Sichel« und dem »anarcho A« einträchtig nebeneinander im Stadtteilzentrum »Distomo«

■ KORRESPONDENZ. ARBEITSKÄMPFE BEI DER FINNISCHEN POST PROVOZIEREN EINE REGIERUNGSKRISE

## 10.000 stehen für 700 – so geht's

Der Niedriglohnsektor wird zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland problematisiert. Zwei Beschäftigte, die die gleiche Arbeit machen, aber nicht den gleichen Lohn – das ist die Methode »Teile und herrsche«. Mit Outsourcing, Subunternehmertum, Leiharbeit, Werkverträgen usw. spaltet das Kapital Belegschaften, unterläuft Tarifverträge und betreibt Lohndumping. Den DGB-Gewerkschaften, die sich mit der Agenda 2010 im Einklang befanden und dieser Entwicklung vielfach tatenlos zugesehen haben, sind die Mitglieder in Scharen davongelaufen, der Organisationsgrad sank rapide, damit auch die Kampffähigkeit.

Für die Kernbelegschaften wurde ein Puffer von prekär arbeitenden Kolleg\*innen geschaffen, der einerseits einen gewissen Sicherheitsabstand zur Arbeitslosigkeit, andererseits aber auch ein bedrohliches Beispiel für die eigene Zukunft darstellte. So unter Druck gesetzt, verhielten sich viele festangestellte Kolleg\*innen nach dem Motto: »Lieber die Schnauze halten.«

Ausgliederungen ganzer Produktions- und Dienstleistungseinheiten, wie bei VW »5000X5000«, bei der Deutschen Post »Delivery«, bei den Berliner Verkehrsbetrieben »Berlin Transport« wurden und werden weiterhin als arbeitsplatzsichernde Maßnahmen verkauft, in der Regel von Gewerkschaftsseite in Kauf genommen und von den Arbeitssuchenden akzeptiert, weil es an Alternativen fehlt.

In der letzten Ausgabe der Arbeiterpolitik, 3/4 2019, berichteten wir von einem Arbeitskampf bei der staatlichen finnischen Post, die geplant hatte, eine neue Postgesell-

schaft (Posti Palvelu) für zunächst 700 Beschäftigte der Sortierung zu bilden. Diese 700 hätten dann einem neuen Tarifverband zugeordnet werden sollten, mit dem Resultat einer 30 bis 50%igen Lohnsenkung. Nicht nur die Betroffenen wehrten sich, sondern gut 10 000 gingen über 2 Wochen in den Streik, nicht nur von der Postgewerkschaft sondern Kolleg\*innen aus 7 Gewerkschaften des Finnische Gewerkschafts-Verbandes SAK, aus Logistik und Transport, Stauer in den Häfen, aus der Energiewirtschaft, sogar Eisbrecherbelegschaften etc.

Das brachte eine Lawine ins Rollen: Das Ausgliederungsvorhaben musste gecancelled werden, die zuständige Ministerin für den Öffentlichen Sektor wurde entlassen, einen Tag später wurde Ministerpräsident Antti Rinne von der sozialdemokratischen SDP, ein gestandener Gewerkschaftsführer, durch ein Misstrauensvotum, das alle Oppositionsparteien außer den »Wahren Finnen« unterstützten, zum Rücktritt gezwungen. Auch ihm wurde vorgeworfen, von den Plänen der Post gewusst zu haben und diese geduldet zu haben. Gewusst hatten jedoch die Mitglieder aller Parteien von dem Vorhaben der Post. Die 34-jährige Sanna Marin (ebenfalls SDP) wurde zur neuen Ministerpräsidentin Finnlands berufen.

Erst dieser Schritt, eine junge Frau zur Ministerpräsidentin zu wählen, verdiente eine Nachricht in der deutschen Presse. Die gewerkschaftliche Presse nahm diesen beispielhaften Arbeitskampf nicht zur Kenntnis.

*E.B., Februar 2020* ■



## Erinnerungen an Ricardo

Ende Juli 2019 verstarb kurz nach seinem 71. Geburtstag in Göttingen unser Genosse Klaus Dieter Neumann, unter uns Ricardo oder kurz nur Ric genannt. Ricardo war über vierzig Jahre Mitglied der Gruppe. Er arbeitete in verschiedenen Ortsgruppen mit wie Göttingen, Köln, aber vor allem in Berlin.

### Facettenreiches Leben

Es ist im Rahmen eines kurzen Artikels wie diesem nicht möglich, alle seine Interessen aufzuzählen, die sein Leben bestimmten. Erschwerend kommt hinzu, dass wir nicht von allen wissen. Ricardo hatte die Eigenschaft, seine Aktivitäten und die mit ihnen jeweils verbundenen Freundeskreise voneinander abzuschotten.

Seine große Leidenschaft war das Reisen. Er sagte einmal, er habe nahezu alle Länder der Welt besucht. Ihm ging es nicht in erster Linie um touristische Attraktionen. Immer schaute er auch hinter die Fassaden einer Gesellschaft. Mehrmals reiste er nach China einschließlich Hongkong und Taiwan, aber auch ‚exotische‘ Länder wie Nordkorea, Usbekistan, Kirgisien oder den Iran suchte er auf.

Zog es ihn einmal nicht in die Ferne, machte er gerne längere Fahrradtouren, zählte Kraniche in der brandenburgischen Heide oder besuchte in der gesamten Republik alte FreundInnen. Sportliche Betätigungen, neben dem Fahrradfahren besonders Basketball, gehörten ebenso zu seinen Freizeitaktivitäten wie gesellige Zusammenkünfte mit unterschiedlichsten Leuten.

Konnte er wegen seiner Berufstätigkeit – er war Berufsschullehrer – nicht unterwegs sein, so war er in politischen Angelegenheiten auf Achse. Neben den Gruppenterminen, die er selten versäumte, engagierte er sich in seiner Schule gewerkschaftlich und unterstützte die Aktivitäten der GEW. Einige Jahre arbeitete er im Antifa-Info mit, danach

über zwei Jahrzehnte in der Berliner Mietergemeinschaft. Gelegentliche Engagements in Kiez-Aktivitäten kamen hinzu.

Einen Schwerpunkt seiner politischen Tätigkeit bildete die Schulungsarbeit. Er gab sein Wissen weiter an Jüngere, forderte sie aber gleichzeitig auf, ihre Erfahrungen und ihre Sicht der Dinge darzulegen. Er wollte keine vorgefertigten Standpunkte oder absolute Wahrheiten hören, sondern neue Beurteilungskriterien für die aufgeworfenen Fragestellungen gewinnen und erstarrten historischen Sichtweisen neue Perspektiven abringen. Dies konnte nur gelingen, wenn die Auseinandersetzungen in solidarischer Diskussion unter gleichen geführt wurden und eine Atmosphäre der Vertrautheit und Hierarchiefreiheit bestand. Bildung war nach seinem Selbstverständnis nicht dazu da, dem einzelnen mehr Wissen als den anderen zu liefern und ihm so Karrierevorteile oder Einkommenszuwächse zu bieten, sondern Schulungen besaßen für Ricardo den Wert, sich gemeinsam Wissen anzueignen und sich so eine Grundlage für gemeinsames Handeln zu schaffen. Sein Interesse an Schulungen ging weit über bildungsbürgerliche Ansprüche hinaus. Sein Ausgangspunkt war sokratisch, sein Ziel die Aufhebung im Handeln des Kollektivs.

Ricardo war im besten Sinne des Wortes Basisarbeiter, war immer bereit, sich einzureihen, wenn es um wichtige gewerkschaftliche, gesellschaftliche oder politische Auseinandersetzungen ging. Er strebte nie nach Posten oder öffentlicher Anerkennung. Er hatte wenig Interesse an Grundsatzdiskussionen, programmatischen Erklärungen oder Parteitagresolutionen. Von der Sache, von der man überzeugt war, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten, war ihm immer suspekt. Nach seiner Einschätzung war eine solche Entscheidung in der Regel der erste Schritt zur Abkehr von den eigenen Grundsätzen. Sie war allenfalls tolerabel, wenn die jeweilige Tätigkeit von denjenigen kon-

trolliert werden konnte, die aus ihren Reihen Einzelne für solche Aufgaben gewählt hatten. Kommunistische Politik bedeutete für ihn, dass sich die Aktiven in Sprache und Handlungsweisen nie von den Erfahrungen und dem Alltagsleben der ‚normalen‘ Leute entfernen durften.

Ricardo lehnte Großorganisationen nicht grundsätzlich ab, auch nicht vertikale Strukturen in politischen Zusammenhängen oder in sozialen Verbänden. Sie waren für ihn aber nur Mittel zum Zweck, dazu da, die Voraussetzungen für die Durchsetzung gemeinsamer Ziele der abhängig Beschäftigten zu schaffen, inhaltlich wie organisatorisch die sonst disparat vorhandenen Interessen zu bündeln und so geschlossen in eine Auseinandersetzung zu führen.

## Ein Kind der 68er

Sein politisches Selbstverständnis war wesentlich geprägt durch die Studentenrebellion und die folgenden Auseinandersetzungen über die Politik der sozialistischen Gruppen. Die Härte, mit der sich diverse linke Gruppierungen über Detailfragen der politischen Ausrichtung stritten, stieß ihn ab. Deren Debatten blieben ausschließlich auf studentische Zirkel beschränkt. In Betrieb und Gewerkschaften wie im Alltagsleben der lohnabhängig Beschäftigten spielten sie keine Rolle.

So war es kaum überraschend, dass er zur Gruppe Arbeiterpolitik stieß. Hier traf er auf GenossInnen, die in der Arbeiterbewegung verwurzelt waren, die Auseinandersetzungen am Ende der Weimarer Republik noch miterlebt hatten und Widerstand im Faschismus geleistet hatten. In der Zeitung ‚Arbeiterpolitik‘ dominierten die Erfahrungen aus Betrieb und Gewerkschaft und die damit zusammenhängenden sozialen und politischen Fragen. Wann die ersten Kontakte geknüpft wurden, wissen wir nicht. Vermutlich geschah dies in Köln Mitte der 70er Jahre. Die Annäherung an die Gruppe bedeutete jedoch nicht, dass er alle damaligen Positionen kritiklos übernahm.

Nach dem Tode von Brandler hatte die Mehrheit der Gruppe die taktischen Grundsätze, die im Wesentlichen im Roten Gewerkschaftsbuch und in der Plattform der KPO dargelegt sind, als veraltet erklärt. Sie würden nicht mehr den Bedingungen der Nachkriegszeit entsprechen. Für die Bildung von politischen Zusammenhängen in den Gewerkschaften gäbe es keine Voraussetzungen mehr, hieß es nun. Stattdessen könne nur über die Radikalisierung von Betriebskämpfen ein Neuanfang in der Arbeiterbewegung erreicht werden.



Bootsfahrt im August 2015

Ricardo blieb diesem Ansatz gegenüber skeptisch, ja er lehnte ihn ab. Nicht zuletzt der Umstand, dass die Bremer Gruppe nach den Auseinandersetzungen auf der Hütte sich politisch nicht konsolidieren konnte, festigte seine Einschätzung. Ende der 70er Jahre lebte er für einige Zeit in Bremen und konnte vor Ort die Folgen der Auseinandersetzung bei Klöckner persönlich nachvollziehen.

Es war somit nicht die taktische Neuorientierung nach 1968, die ihn zur Gruppe zog, sondern zwei andere ihrer Eigenschaften. Einmal die nie endende Anstrengung, gesellschaftliche, betriebliche, gewerkschaftliche wie auch politische Ereignisse aus den jeweiligen Kräftekonstellationen erläutern und beurteilen zu wollen, letztlich also die Klassenfrage, auf die sich alles gesellschaftliche Handeln zu beziehen hatte. Zum anderen die Position der Gruppe zu den sozialistischen Ländern. Brandlers Text »Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution« war für ihn maßgebend. Der Text schloss die von Thalheimer begonnene, aber wegen seines Todes im September 1948 nicht beendete Broschüre ‚Die Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion‘ ab. Mit der Gründung der DDR und der Haltung, die ihr gegenüber einzunehmen sei, beschäftigte sich der Text Brandlers nicht. Zu dieser Frage gab es ja zwar nicht im Grundsatz, aber doch im Detail unterschiedliche Positionen in der Gruppe auch nach der Neugründung 1960.

Ricardo, der ab Anfang der 80er Jahre in Westberlin lebte, war täglich mit dem Verhältnis zur DDR konfrontiert. In Westberlin grassierte stärker noch als in der BRD der Antikommunismus und nur wenige Kilometer vom eigenen Wohnort befand sich Ostberlin, die Hauptstadt der DDR mit fast all ihren Institutionen. Bei jeder Reise in die BRD musste man die DDR durchqueren.

## Zurück zu den Wurzeln

Solange es keine überzeugenden politischen Antworten in der Gruppe zum Verhältnis zur DDR gab, solange die DDR im politischen Leben der Gruppe eher ein Randproblem war, blieb nur die Möglichkeit, selber Antworten zu finden. Da Ricardo sich aufgrund seiner anstrengenden beruflichen Tätigkeit nicht in der Lage sah, allein diese komplexe Anforderung zu bewältigen, wählte er andere Wege. Er fuhr häufig in den Ostteil der Stadt und knüpfte dort Kontakte zu Menschen, die oft viele Jahre bestanden. Außerdem versuchte er, Schlussfolgerungen aus den Erfahrungen derjenigen zu ziehen, die entweder selber in der DDR gelebt oder auf andere Weise tiefgreifende Erfahrungen mit der DDR gemacht hatten.

Er setzte sich dabei vor allem mit drei Genossen auseinander, deren Lebensweg bezogen auf die DDR unterschiedlicher nicht sein konnte. Es handelte sich bei den dreien um Robert Siewert, Paul Elflein und Heinz Krause<sup>1</sup>. Alle drei hatten die Novemberrevolution als Jugendliche mitgemacht, waren dann zur KPD gestoßen, gehörten nach 1923 der sog. rechten Opposition an, schlossen sich nach dem Bruch der KPD mit der Einheitsfronttaktik 1928 der KPO an und nahmen aktiv am Widerstand der Arbeiterbewegung im Faschismus teil.

Nach 1945 gingen sie unterschiedliche Wege aufgrund der jeweiligen Bedingungen, die in dem Teil Nachkriegsdeutschlands herrschten, in dem sie lebten. Alle blieben

<sup>1</sup> Vgl. zu den Biografien ausführlich Theodor Bergmann, *€gegen den Strom*, Hamburg 2001



**Heinrich Brandler, Richard Janus, Heinz Krause in Hamburg**

den politischen Grundsätzen, die die KPO entwickelt hatte, bis an ihr Lebensende verbunden.

**Robert Siewert** ist sicher der bekannteste der drei. Siewert kehrte 1945 nach Sachsen zurück und baute in Halle/Saale die KPD mit auf. Er wurde in der DDR kurzzeitig Minister des Inneren in Sachsen-Anhalt. Er prangerte auf massiven Druck der SED, die alle potentiellen Oppositionsgruppen in der DDR vor einer Reorganisation warnen wollte, in einem im ‚Neuen Deutschland‘ am 25.01.1951 erschienenen Artikel die parteifeindliche Haltung der KPO an. Da diese Kritik sich nur auf die Gegenwart bezog (die KPO gab es formell nach 1945 nicht mehr), wurde seine Haltung als unbefriedigend bezeichnet. Er verschärfte dann im März die Kritik. Siewert wurde politisch kalt gestellt und mit Verwaltungsaufgaben im Bauministerium beschäftigt. Nach 1956 wurde er rehabilitiert, aber nicht mehr mit führenden Positionen betraut. Siewert wurde auf dem Friedhof der Sozialisten in Friedrichsfelde bestattet. Hier legte Ricardo alljährlich am Tag des Gedenkens zu Liebknecht und Luxemburg eine Nelke an seinem Grab nieder.

Anders verlief die politische Entwicklung von **Paul Elflein** nach 1945. Er ging nach der Entlassung aus der britischen Gefangenschaft zurück in seine Heimat nach Thüringen. Dort schloss er sich im März 1947 der zwischenzeitlich gegründeten SED an. Mit Alfred Schmidt und einigen ehemaligen Mitgliedern der KPO bildete er einen Zusammenhang, der intensiv die von Brandler und Thalheimer im kubanischen Exil verfassten Schriften zur Einschätzung der Nachkriegsverhältnisse studierte. Alfred Schmidt und andere Genossen wurden Mitte 1948 verhaftet. Ein sowjetisches Militärtribunal verurteilte Alfred Schmidt wegen ‚antisowjetischer Propaganda‘ zum Tode. Die Strafe wurde dann zu 25 Jahre Arbeitslager umgewandelt. Dies war ein unmissverständlicher Warnschuss an alle ehemaligen Mitglieder der KPO, in der DDR sich, in welcher Form auch immer, nicht eigenständig politisch zu organisieren. Erst nach der Verurteilung von Schmidt realisierten die Behörden, dass er eng mit Paul Elflein zusammen gearbeitet hatte. Elflein drohte die Verhaftung. Er entzog sich ihr durch Flucht in den Westen. Trotz vieler kritischer Bemerkungen sah er die DDR wegen der Enteignung der Junker und der Sozialisierung der Großindustrie als sozialistischen Staat, dessen Grundlagen es zu verteidigen galt. Ricardo, der Paul Elflein noch persönlich kennengelernt hatte, teilte diese Position.

Als dritter Bezugspunkt fungierte für Ricardo der heute nur noch wenigen bekannte **Heinz Krause**. Nach 1945 vertrat er die Auffassung, die Arbeit der KPO als politischer Zusammenhang von GenossInnen aus Ost und West müsse fortbestehen. Er trat wie nahezu alle ehemaligen Mitglieder der KPO der KPD und dann auch der SED bei. Doch schon bald wurde er wegen seiner politischen Haltung aus der Partei ausgeschlossen. Er trat der Gruppe Arbeiterpolitik bei, geriet in ihr aber Mitte der 50er in Widerspruch zur Mehrheitsmeinung, als diese 1956 erstmalig zur Wahl der SPD aufrief. Da Krause den Zusammenhang derjenigen, die vor 1945 der KPO angehörten, nicht aufgeben wollte, hielt er bis Ende der 50er Jahre die Verbindungen in den östlichen Teil der Stadt aufrecht. Dies war in Berlin nicht so schwer, weil zwischen dem westlichen und dem östlichen Teil der Stadt bis zum Mauerbau eine offene Grenze



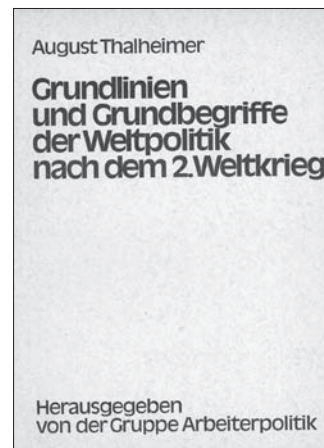
**Westblock – Ostblock**  
Internationale monatliche Übersichten von August Thalheimer 1945 – 1948, Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1992

460 Seiten A5 | Broschur | 7,50 EUR



August Thalheimer  
**Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion**  
1946, Gruppe Arbeiterpolitik

43 Seiten A5 | 1,50 EUR



August Thalheimer  
**Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg**  
Anfang 1946, Gruppe Arbeiterpolitik

32 Seiten A5 | 1,50 EUR

bestand. Krause soll, laut Ricardo, die Zeitung »Arbeiterpolitik« in dieser Zeit nach Ost-Berlin gebracht haben. Leider wissen wir über die Zusammenarbeit der GenossInnen aus beiden Teilen der Stadt in diesen Jahren wenig. Sie verlief im Wesentlichen konspirativ. Ricardo, der an der Beerdigung von Heinz Krause 1994 teilnahm, berichtete immer wieder, dass an dessen Grab eine Vielzahl von GenossInnen stand, die in Westberlin niemand kannte. Bitter enttäuscht war Krause, als der leitende Redakteur der Zeitung »Arbeiterpolitik«, Rudi Hanke, 1959 mit einigen anderen zur SPD übertrat. Er wollte danach einen Neuanfang nicht mitmachen, blieb aber bis zu seinem Tod der Gruppe verbunden.

### Politisches Selbstverständnis

Interessant ist, dass Ricardo keine Probleme hatte, die unterschiedlichen Ansätze dieser drei nach 1945 zu akzeptieren. Wichtig war, dass sie alle auf schwierige politische Situationen versuchten selbständig Antworten zu finden, den Grundsätzen einer selbständigen Arbeiterbewegung verbunden blieben und tief im Alltag der abhängig Beschäftigten verwurzelt waren. Sie lösten sich nicht von der eigenen Geschichte, auch wenn sie hier und da schmerzliche Kompromisse schließen mussten. Auch wenn Ricardo dies nicht explizit so formulierte, schien er ähnlich wie Krause die unterschiedlichen Stränge, in die sich die KPO nach 1945 aufgelöst hatte, wieder zusammen fassen zu wollen. Diesmal sicher ohne das Ziel: Rückkehr in die KPD/SED/DKP, sondern als selbständiger Zusammenhang mit einer den Nachkriegsverhältnissen entsprechenden Programmatik und Taktik. Ohne die Entwicklung und schließlich Materialisierung eines solchen Zusammenhangs konnten die Kommunisten kaum einen zentralen Faktor in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen bilden. Allein über betriebliche, gewerkschaftliche und soziale Konflikte, die ohne politisches Ziel immer singuläre Ereignisse blieben, ließ sich dies nicht erreichen.

Sein Streben, die unterschiedlichen Stränge der sich auf die KPO beziehenden Richtungen wieder zusammen zu führen, zeigte sich in zwei anderen Verhaltensweisen. Einmal blieb er mit allen in Verbindung, die einmal in der Gruppe mitgearbeitet hatten, dann aber aus persönlichen oder politischen Gründen ausgeschieden waren. Und zum anderen unterstützte er von Anfang an die Initiative der Berliner Gruppe Mitte der 90er, wieder aktiven Kontakt zur Gruppe Arbeiterstimme aufzunehmen und so die atmosphärischen Störungen wie politischen Differenzen der früheren Jahre abzubauen. Er hielt die Existenz von zwei Gruppen mit gleicher Grundlage für »Schwachsinn« und den Zusammenschluss beider für längst überfällig.

### Späte Fragestellungen

Nach der Niederlage des sozialistischen Lagers und dem Anschluss der DDR an die BRD beschäftigte sich Ricardo intensiv mit der Entwicklung in China. Er sah die Änderungen durchaus realistisch. China stand nun ohne Rückendeckung durch die Sowjetunion da und musste noch mehr als bisher nach einem eigenen Weg zur Entwicklung des Landes suchen. Die Bedrohung, von den USA daran gehindert zu werden, blieb bestehen. Angesichts der Größe des Landes, den Besonderheiten seiner Geschichte, der weiteren Führung des Landes durch die Kommunistische Partei, hielt er eine schlichte Beurteilung für zu kurz gegriffen.

Er warnte uns immer wieder vor schnellen Einschätzungen und ermahnte uns, zunächst einmal genau hinzusehen, was dort passierte. Der Wechsel zu einem kapitalistischen Akkumulationstypus im industriellen Bereich und bei der Versorgung der Bevölkerung bedeutete noch lange nicht eine vollständige Abkehr von den sozialistischen Grundlagen. In vielen Bereichen blieb das Staatseigentum wie auch die genossenschaftlichen Strukturen erhalten. Die Infrastruktur werde weiter zentral geplant, nahezu schrankenlose Interventions- und Kontrollrechte des Staates in die Ökonomie beständen weiter. Auch die Eckpunkte der gesellschaftlichen Entwicklung würden nicht einfach den Marktkräften überlassen. Auch wenn sich ideologisch konfuzianische Wertvorstellungen ausbreiteten, werde der Marxismus nicht grundsätzlich aufgegeben. Die Handlungsfähigkeit der KP bleibe weitgehend bestehen. Welcher Gesellschaftstyp dabei am Schluss herauskommen werde, hielt er für offen.

### Der Abschied

In den letzten Jahren konnten wir ihm auf all seine Fragen nicht immer zufrieden stellende Antworten liefern. Dies, wie auch seine zunehmenden gesundheitlichen Probleme führten dazu, dass er vor zwei Jahren in seine alte Heimat nach Göttingen zog. Auch wenn der Kontakt zur Gruppe geringer wurde und nur auf Einzelpersonen beschränkt war, wurden die Bindungen nie gekappt.

H.B., 05.04.2020 ■

## Uwe Larsen Röver

23.12.1960 – 26.03.2020

Kurz vor Redaktionsschluss erreicht uns die Nachricht, dass Uwe Röver, uns seit Anfang der 1990er Jahre durch seine gewerkschaftliche Arbeit bei der Bahn verbunden, gestorben ist. Erst im folgenden Heft werden wir ausführlicher auf die gemeinsame Arbeit mit Uwe eingehen können. Das Foto, im Frühjahr 2000 auf seiner Cuba-Reise entstanden, zeigt ihn Blumen niederlegend am Grab August Thalheimers auf dem jüdischen Friedhof in Havanna – Ausdruck seines Orientierungsbedürfnisses an der Hinterlassenschaft der KPD-Opposition und seinen Kontakten zur Gruppe, ihm zu DDR-Zeiten noch nicht zugänglich. Wir schließen uns dankbar den Worten Che Guevaras an, mit denen sich seine Familie, Freundinnen und Freunde von Uwe verabschiedet haben: »Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche«.



# Antifaschistischer Stadtführer des DGB in Hanau

Im November 2016 erschien in Hanau ein antifaschistischer Stadtführer, herausgegeben vom dortigen DGB. Er stellt die Stadtgeschichte zu diesem Thema in Zusammenhang mit den Kämpfen der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung vor Ort. Damit unterscheidet er sich von den oft nur oberflächlichen und vorwiegend moralischen Darstellungen, wie sie in Publikationen und Veröffentlichungen von Kommunen oder offiziellen Gedenkstätten üblich sind.

Angesichts des hohen Stimmenanteils der AfD unter der Mitgliedschaft der Gewerkschaften leistet der antifaschistische Stadtführer einen wichtigen Beitrag zugleich für die aktuelle Diskussion. Denn er beleuchtet die Klasseninteressen und -konstellationen, die den Faschismus in Deutschland förderten und ihm zum Durchbruch verhalfen. Und er stellt wichtige Fragen zur heutigen Situation.

Aus dem Vorwort des Stadtführers:

*Warum einen weiteren antifaschistischen Stadtführer? Warum kann die Geschichte nach über 80 Jahren nicht endlich abgeschlossen werden? Und warum muss so ein Stadtführer ausgerechnet ein Projekt des DGB sein?*

*Die Antwort darauf ist einfach: Weil das Auftreten des Faschismus in Europa das Ergebnis tiefer Verwerfungen im Gesellschaftsgefüge der kapitalistischen Welt war und seine Hauptstoßrichtung deshalb der organisierten Arbeiterbewegung galt. Die Eliten aus Politik und Wirtschaft fühlten sich bedroht. Hinter der Machtergreifung Adolf Hitlers standen Vertreter des Militärs, des Großgrundbesitzes, der Banken und des Großkapitals. Mit Hilfe der Nazi-Bewegung sollten gewerkschaftspolitische Errungenschaften wie der Achtstundentag oder die betriebliche Mitbestimmung rückgängig gemacht werden. In dieser Situation waren es ausgerechnet die Gewerkschaften, die großen Klassenorganisationen der Arbeiterbewegung, die die Waffen streckten und sich dem brutalsten und schärfsten Klassenkampf von oben kampfflos unterwarfen.*

*Wir erleben gegenwärtig nicht nur einen besorgniserregenden Rechtsruck in Europa, sondern auch den Versuch neoliberaler Ideologen, die Gesellschaft umzubauen: Soziale Errungenschaften werden abgeschafft. Demokratische Rechte ausgehöhlt. Stimmung gegen Menschen auf der Flucht gemacht. Damit wird überall in Europa rechtspopulistischen Parteien verbal der rote Teppich ausgerollt.*

*Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen wird die Neuaufgabe eines Antifaschistischen Stadtführers zum Knotenpunkt von Geschichte und Gegenwart. Wir wollen historische Entwicklungen anhand von Gedenkortern aufgreifen, um auf die Parallelen der aktuellpolitischen Entwicklungen hinzuweisen. Gerade für jüngere Generationen ist die Zeit des deutschen Faschismus ein abgeschlossenes Kapitel, das im Kopf bestenfalls in Schwarz-Weiß-Bildern fest sitzt und viel zu schrecklich ist, als dass man sich eine Wiederholung vorstellen möchte. Beim Gedenken an die Verbrechen des Nationalsozialismus darf es nicht um Schuldgefühle gehen, sondern um die Erkenntnis, dass der Widerstand gegen rechte Ideologien auch heute noch notwendig ist.*

*Wir wollen aber auch an die lange kämpferische Tradition der Hanauer Arbeiterbewegung erinnern. Wir wollen diese Tradition bewusster machen, indem wir den Leser und die Leserin zu Stätten führen, an denen Hanauer Arbeiterinnen und Arbeiter gegen Unterdrückung, Willkür und Terror gekämpft haben. Nach wie vor zeugen Orte in Hanau vom NS-Terror, von der Verfolgung Hanauer Antifaschisten, von der Deputation jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger und von den Greueln des Krieges. Aber eben auch vom Widerstand gegen Faschismus und Krieg. Wenn die Zeichen auf Sturm stehen, muss man nicht zwangsläufig in Deckung gehen, man kann sich dem auch entgegenstellen. In Hanau hat es diesen Widerstand gegeben. Er ist ein bedeutender Bestandteil demokratischer Hanauer Geschichte.*

*Der vorliegende Antifaschistische Stadtführer ist daher ein Angebot, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen, um die Gegenwart zu verstehen. Er soll dazu ermutigen, sich der Geschichte zu stellen im Interesse eines wachsameren Umgangs mit der Gegenwart.*

Conny Gramm, Stephan Klimczyk, Ulrike Eifler  
Hanau, 30.11.2016

